

// Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC)//

Freitag, 14. Januar 2022##

Eröffnung der Arbeiten

- Vorsitz von Herrn Gérard LARCHER, Senatspräsident der Französischen Republik -

Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.

Herr Gérard LARCHER, Senatspräsident der Französischen Republik, begrüßt alle Anwesenden im Senat der Französischen Republik und erklärt, dass diese Sitzung der Konferenz der Vorsitzenden der Ausschüsse für EU-Angelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) den Startschuss für die französische Präsidentschaft der Europäischen Union (FPEU) in ihrer parlamentarischen Dimension darstelle.

Er erinnert daran, dass der Senat das Privileg habe, die französische Präsidentschaft nicht nur im parlamentarischen Teil zu eröffnen, sondern sie auch im Mai mit einer Konferenz über Migrationsfragen abzuschließen, da er als einzige Institution der Französischen Republik im ersten Halbjahr 2022 keine Wahlen habe und somit in der Lage sein werde, die Präsidentschaft ohne Unterbrechung zu führen.

Er bedauert die durch die Covid-Pandemie verursachten tiefgreifenden Veränderungen und sanitären Einschränkungen für die Projekte der französischen Präsidentschaft der Europäischen Union und lobt die Bemühungen der Vorsitzenden der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten der Nationalversammlung und des Senats, die COSAC-Sitzung unter guten Bedingungen stattfinden zu lassen.

Nachdem er die Anwesenheit der Delegationen der Mitgliedstaaten sowohl im Plenarsaal als auch per Videokonferenz begrüßt hatte, zeigt er sich erfreut über die Teilnahme von Delegationen aus Vertragsstaaten des *Europäischen Wirtschaftsraums* (EWR), Beitrittsländern und Mitgliedstaaten der Östlichen Partnerschaft an der Arbeit der COSAC und vertritt die Auffassung, dass in einer Welt, in der Raubmachtbestrebungen entfaltet würden, jede Gelegenheit genutzt werden sollte, um die große europäische Familie einander näher zu bringen. Er argumentiert, dass es mehr denn je von entscheidender Bedeutung sei, die parlamentarische Demokratie nicht beiseite zu schieben, und dass kein Notstand rechtfertigen könne, die parlamentarische Vertretung leichtfertig zu behandeln.

Seiner Ansicht nach zeuge die Mobilisierung der Parlamentarier als Mitglieder der COSAC von ihrer kollektiven Entschlossenheit, sich für das gemeinsame Erbe, das der Parlamentarismus darstelle, einzusetzen.

Herr Gérard LARCHER erwähnt den Tod von David SASSOLI am 11. Januar, der das parlamentarische Europa in Trauer versetzte, und sagt, dass der französische Senat ihm die letzte Ehre erwiesen habe und wünsche, dass jedes nationale Parlament sein Andenken würdigen werde. Er erinnert daran, dass David SASSOLI Demokratie, Parlamentarismus, pluralistische Debatten und Freiheit verkörpert habe - Werte, die vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten einstimmig verteidigt seien.

(Die Mitglieder der Konferenz der Präsidenten der COSAC erheben sich von ihren Plätzen und halten einen Moment der Besinnung.)

Herr Gérard LARCHER erinnert daran, dass die COSAC ihr 33-jähriges Bestehen feiere - ein erwachsenes Alter, das noch nicht die volle Reife bedeute - und meint, dass die visionären Präsidenten der nationalen Parlamente, die sie 1989 ins Leben gerufen hätten,

insbesondere Laurent FABIUS, die COSAC von 2022 kaum wiedererkennen würden, deren Existenz in den europäischen Verträgen verankert und deren Befugnisse ausgeweitet worden seien. Er bedauert, dass die COSAC nicht alle von den Verträgen gebotenen Möglichkeiten nutze, um Beiträge zu Themen, die die Bürger direkt betreffen, zu beschließen und diese an die EU-Institutionen zu richten.

Er weist darauf hin, dass die Arbeitsmethoden der COSAC, für die die französische Präsidentschaft der Europäischen Union eine Gelegenheit sei, sie in Absprache mit den nationalen Delegationen und dem Europäischen Parlament weiterzuentwickeln, ein technisches Thema, aber von zentraler Bedeutung, Gegenstand der zweiten Sitzung seien.

Herr Gérard LARCHER spricht schließlich über den Euro, der vor 20 Jahren eingeführt wurde und mittlerweile von mehr als 340 Millionen Europäern verwendet werde, während die anderen nach seiner Einführung strebten oder sich ihm annähern wollten. Er weist darauf hin, dass der Euro, der allen Krisen standgehalten habe und ein Symbol der europäischen Identität sei, das Thema der letzten Sitzung sein werde, an der auch die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine LAGARDE, teilnehmen werde.

Er betont, dass die nationalen Parlamente zusammen mit dem Europäischen Parlament das schlagende Herz Europas bildeten, und meint, dass die COSAC zeige, dass sie auch eine kollektive Rolle in der Europäischen Union zu spielen hätten.

Abschließend zitiert er die Ansicht eines französischen Geografen aus dem 20. Jahrhundert, einer Zeit der Spannungen auf dem europäischen Kontinent: „Europa ist zu groß, um vereint zu sein. Es ist jedoch zu klein, um geteilt zu werden. Das ist sein zweifaches Schicksal.“ Der Senatspräsident der Französischen Republik fügt den berühmten Ausspruch von Alexandre Dumas in „*Die drei Musketiere*“ hinzu: „Einer für alle, alle für einen“.

Schließlich ist er der Ansicht, dass die Rolle der COSAC an der Schnittstelle zwischen souveränen, unabhängigen nationalen Parlamenten und dem kollektiven europäischen Projekt ein besseres Gleichgewicht zwischen den beiden Dimensionen erfordere. (*Applaus*)

Herr Jean-François RAPIN, Vorsitzender des Europaausschusses des Senats der Französischen Republik begrüßt die Anwesenheit der Delegationen und freut sich, dass zum ersten Mal seit zwei Jahren ein interparlamentarisches Treffen nicht ausschließlich per Videokonferenz stattfindet, obwohl die Pandemie noch immer einige Parlamentarier an der Teilnahme hindert. Er äußert den Wunsch, dass alle Delegationen bei späteren interparlamentarischen Treffen im Rahmen der französischen Präsidentschaft der Europäischen Union anwesend sein mögen.

Er betrachtet die Rückkehr der COSAC nach Paris als Rückkehr zu ihren Wurzeln, da sie dort im November 1989 mit einer ersten Tagesordnung gegründet wurde, die sich mit der Stärkung der parlamentarischen Kontrolle über europäische Angelegenheiten und der Beteiligung der nationalen Parlamente an europäischen Angelegenheiten befasste. Er weist darauf hin, dass die zweite Sitzung, die sich mit den Arbeitsmethoden der COSAC befassen werde, eine Bewertung ihrer Effizienz in Bezug auf diese nach wie vor aktuellen Anliegen ermöglichen werde.

Er ist der Ansicht, dass der Wille der nationalen Parlamente, eine Rolle im europäischen Aufbauwerk zu spielen, nicht mehr wie 1989 zum Schmunzeln Anlass gibt, aufgrund des anhaltenden Gefühls eines Demokratiedefizits in der Europäischen Union, das durch den Machtzuwachs des Europäischen Parlaments nicht vermieden werden könne und eine Abkopplung zwischen den Bestrebungen der Bürger und den Instanzen der Gemeinschaft befürchten ließe. Er meint, dass sich die Notwendigkeit einer größeren Rolle der nationalen

Parlamente folglich allmählich durchgesetzt habe, bis diese Rolle in den Verträgen festgeschrieben wurde: Die nationalen und europäischen Parlamentarier, die die Bürger direkt verträten, gewährleisteten die Demokratie in der Europäischen Union und damit die Zustimmung der Bürger zum europäischen Projekt.

Er erinnert an die besondere Stellung der COSAC, die Parlamentarier aus den Mitgliedstaaten zusammenbringe, die sich auf Gemeinschaftsthemen spezialisiert hätten und in regelmäßigem Kontakt untereinander und mit den Akteuren des europäischen Entscheidungsprozesses stünden. Er ist der Ansicht, dass sie eine Verantwortung für die Demokratisierung der Europäischen Union trügen, und äußert den Wunsch, dass ihre Arbeit Fortschritte in diese Richtung ermögliche.

Er dankt der slowenischen Delegation für die während der Präsidentschaft ihres Landes geleistete Arbeit, die durch die Einrichtung der Arbeitsgruppen der Konferenz zur Zukunft Europas gekennzeichnet wäre, sowie den Mitgliedern der Trio-Präsidentschaft für die Vorbereitung dieses Treffens.

Schließlich begrüßt er in der COSAC die Herren Anton HOFREITER, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des *Bundestages*, Raimond KALJULAIID, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des estnischen Parlaments, und David SMOLJAK, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des Senats der Tschechischen Republik. (*Applaus*)

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten der Nationalversammlung der Französischen Republik, begrüßt die anwesenden Delegationen und freut sich, gemeinsam mit dem Vorsitzenden Jean-François

RAPIN sechs Monate lang den Vorsitz der COSAC in einer für die Europäische Union entscheidenden Phase zu führen.

Sie hofft, dass 2022 das Jahr der Überwindung der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Krise sein werde, und stellt fest, dass Europa seine Rolle bei der Bestellung und Spende von Impfstoffen sowie beim Aufbauplan gespielt habe. Mit dem Paket „*Fit for 55*“ und dem Projekt Strategischer Kompass sei Europa in der Lage, in strategischen Bereichen wie der Klimaherausforderung und der Verteidigung ehrgeizig in die Zukunft zu blicken.

Sie bedauert die Gleichgültigkeit der europäischen Bürger und die unzureichende Vermittlung dieser Themen durch die Medien, wodurch der Eindruck entstehe, dass die Politikbereiche der Europäischen Union keine Auswirkungen haben. Sie stellt fest, dass sich dies bei den Wahlen der EU-Abgeordneten in einer geringen Mobilisierung niederschläge, die weit entfernt sei vom Einfluss der Politikbereiche der Europäischen Union auf das Leben von 450 Millionen Bürgern: Trotz des leichten Rückgangs der Wahlenthaltung im Jahr 2019 liege Frankreich mit einer Wahlbeteiligung von 50 % im Mittelfeld.

Frau Sabine THILLAYE ist der Meinung, dass die nationalen Parlamentarier aufgrund ihrer Verbindungen zu den Bürgern und den Gebieten, und weil sie gewählte Vertreter vor Ort seien, eine Rolle spielen müssten, um die Situation zu ändern, indem sie die Themen aus einem dreifachen Blickwinkel betrachteten: lokal, national und europäisch. Sie vertritt die Ansicht, dass die Bürger besser über die komplexen Themen informiert werden sollten, und dass die politischen Entscheidungen für sie verständlich gemacht werden müssten.

Zwei Prioritäten der französischen Präsidentschaft der Europäischen Union liegen ihr besonders am Herzen: die Rolle der nationalen Parlamente und die Bedeutung der europäischen Werte in Verbindung mit der Definition von Rechtsstaatlichkeit. Die Anwendung des Legalitätsprinzips auf Behörden und des Vorrangs des EU-Rechts möge zwar als abstraktes Konzept erscheinen, garantiere aber das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten und die Achtung der Grundrechte jedes Bürgers - sie verdiene es daher, von den nationalen Parlamenten ebenso behandelt zu werden wie von den EU-Institutionen.

Mit dem Wunsch, dass der Austausch zwischen den Delegationen fruchtbar sein möge, stellte sie abschließend das Programm des Treffens vor: eine Darlegung von Herrn Clément BEAUNE, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, zu den Prioritäten der vor zwei Wochen begonnenen französischen Präsidentschaft der Europäischen Union, eine Arbeit an der Reform der Arbeitsmethoden der COSAC, um ihnen mehr Struktur und Sichtbarkeit zu verleihen, und ein Austausch mit Frau Christine LAGARDE, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), über die Zukunft des Euro.

Tagesordnungspunkte

- Vorsitz von Herrn Jean-François RAPIN, Vorsitzender des Europaausschusses des Senats
der Französischen Republik -

Herr Jean-François RAPIN, Vorsitzender des Europaausschusses des Senats der Französischen Republik teilt mit, dass die Trio-Präsidentschaft die Tagesordnung genehmigt hat und sie der Versammlung zur Bestätigung vorschlägt.

Die Tagesordnung wird angenommen.

Herr Jean-François RAPIN berichtet, dass die Trio-Präsidentschaft den Schwerpunkt des Berichts zum 37. Halbjahresbericht der COSAC auf die Rolle der nationalen Parlamente, die Rechtsstaatlichkeit und die Konferenz zur Zukunft Europas legen wolle, die ihre abschließende Vollversammlung im kommenden Frühjahr abhalten solle. Damit der Bericht für die Vollversammlung der COSAC am 4. und 5. März vorliege, empfiehlt es sich, den Fragebogen, der in Kürze verschickt werde, bis zum 31. Januar zu beantworten.

Auch hätte die Trio-Präsidentschaft heute Morgen den Entwurf der Tagesordnung für die COSAC-Vollversammlung im März angenommen: erste Bilanz der französischen Präsidentschaft, europäischer Aufbauplan und Krisenbewältigung, Klimaschutz und Energiewende, Arbeiten der Konferenz zur Zukunft Europas, Zwischenbericht der internen COSAC-Arbeitsgruppen.

Schließlich hätte die Trio-Präsidentschaft die Anträge der Schweizer Bundesversammlung, des britischen Oberhauses, des norwegischen Parlaments, des georgischen Parlaments und, nur für die Vollversammlung, des isländischen Parlaments auf Teilnahme an der Arbeit der COSAC angenommen.

Die Sitzung wird um 9.30 Uhr unterbrochen. Sie wird um 10.00 Uhr fortgesetzt.

Erste Sitzung - Präsentation der Prioritäten der französischen Präsidentschaft

**- Herr Jean-François RAPIN, Vorsitzender des Europaausschusses des Senats der
Französischen Republik -**

**Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende des Ausschusses für europäische
Angelegenheiten der Nationalversammlung der Französischen Republik** erinnert daran, wie sehr die aktuellen Herausforderungen ein Bedürfnis nach Europa schaffen würden, das die französische Präsidentschaft verpflichtet: Migrationsdruck, Klimakrise, digitaler Wandel und Handelsspannungen.

Sie hofft, dass diese Präsidentschaft mehrere Texte, die derzeit diskutiert werden, voranbringen werde: den Migrations- und Asylpakt, um zu einer Regelung zu gelangen, die mehr Solidarität zwischen den europäischen Ländern einführe, ohne den Aufnahmeländern die Verantwortung abzunehmen; die Texte zum Schutz von Arbeitnehmern auf Plattformen und zu Mindestlöhnen, um die sozialen Mindeststandards für europäische Arbeitnehmer zu stärken, ohne bestimmte Sozialmodelle, die Tarifverhandlungen einen hohen Stellenwert einräumen, in Frage zu stellen; die Texte zur Regulierung der digitalen Märkte, um europäische Marktführer hervorzubringen, die mit den großen Plattformen konkurrieren können.

Sie begrüßt die Tatsache, dass Europa im Kampf gegen die globale Erwärmung an vorderster Front stehe, mit dem Ziel, die europäische Wirtschaft bis 2050 zu dekarbonisieren, sowie mit dem von der Europäischen Kommission im vergangenen Juli vorgelegten Textpaket, und fordert die Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichssystems, die Neugestaltung der Energiebesteuerung und die Einführung eines neuen Emissionshandelsmarktes. Sie fragt

sich jedoch, ob die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten über ihren Energiemix überwunden werden könnten.

Sie hofft, dass die COSAC und die nationalen Parlamente Wege finden könnten, den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Taxonomie in grünen Investitionen, die Kernenergie und fossiles Gas übergangsweise einschließen, zu unterstützen.

Sie wünscht, dass die Rechtsstaatlichkeit weiterhin im Mittelpunkt stehe, und kündigt an, dass die COSAC die Möglichkeit prüfen werde, eine Arbeitsgruppe zur Frage der europäischen Werte einzurichten, um eine Debatte zu führen, die Errungenschaften und Schwierigkeiten zu analysieren und einen Bericht zu erstellen.

Sie ist der Ansicht, dass die COSAC ein unersetzliches Forum für den Dialog zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament und ein Mittel sei, um die europäischen Herausforderungen für die Bürger sichtbarer zu machen.

Herr Clément BEAUNE, Staatssekretär beim Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten, zuständig für europäische Angelegenheiten, würdigt im Namen der französischen Regierung zunächst Präsident David SASSOLI, einen unermüdlichen Kämpfer für das europäische Projekt und einen aufrichtigen und mutigen Verteidiger der Demokratie. Herr Clément BEAUNE fühlt sich geehrt, die Delegationen in Paris an einem so symbolträchtigen Ort wie dem Senat begrüßen zu dürfen. Der Luxemburg-Palast habe die florentinische Architektur zum Vorbild; der Staatssekretär sehe darin eine Illustration des europäischen Projekts: eine Vielfalt, durch die wir uns erheben, und eine gemeinsame Kultur, die uns bereichere.

Er betont erneut die wichtige Rolle der Parlamentarier als Mitglieder der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten, die den lokalen Gegebenheiten am nächsten

stehen und sich mit den großen europäischen Herausforderungen auseinandersetzen: eine entscheidende Warn-, Entschlüsselungs- und pädagogische Funktion, um allen EU-Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich die unbekannteren und oft verpönten Politikbereiche der Europäischen Union zu eigen zu machen, sowie eine wesentliche Rolle bei der Kontrolle der korrekten Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.

Er würdigt das Engagement der Vorsitzenden Sabine THILLAYE für die Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente im europäischen institutionellen Gefüge, das durch ihren im Juni 2018 veröffentlichten Informationsbericht veranschaulicht wurde, und das Engagement des Vorsitzenden Jean-François RAPIN, dessen Initiative er begrüßt, am 6. Dezember im Senat ein Kolloquium zu diesem Thema veranstaltet zu haben.

Herr Clément BEAUNE hofft, dass der im 37. Halbjahresbericht der COSAC vorgesehene Beitrag über die Stärkung der europäischen Demokratie zu den Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas beisteuern werde, sie wären für Mai erwartet.

Er weist darauf hin, dass die Prioritäten der französischen Präsidentschaft vom Präsidenten der Französischen Republik auf seiner Pressekonferenz am 9. Dezember dargelegt worden seien.

In der Idee eines souveräneren Europas, das also in der Lage ist, seine Grenzen zu definieren und zu kontrollieren, kündigt er an:

- die Fortsetzung der Arbeit am Migrations- und Asylpakt und an der Schengen-Reform mit einer stärkeren politischen Steuerung und der Stärkung von Notfall- und gegenseitigen Unterstützungsmechanismen, um auf Krisen wie die in Polen, Litauen und Lettland reagieren zu können;

- Unterstützung der seit 2017 eingesetzten Instrumente für die Verteidigung - *Europäischer Verteidigungsfonds (EVF)*, *Europäische Interventionsinitiative (EII)*, gemeinsame deutsch-französische Rüstungsprogramme, die auch anderen Mitgliedstaaten offenstehen -, die durch die Annahme des Projekts Strategischer Kompass auf der Tagung des Europäischen Rates im kommenden März verlängert werden sollen;
- Maßnahmen für ein Europa, das seine Nachbarschaft stabilisiere: Gipfeltreffen zwischen der Afrikanischen Union und der Europäischen Union am kommenden 17. und 18. Februar in Brüssel, zur grundlegenden Neugestaltung ihrer Beziehungen, die sich nicht nur auf Fragen der Migration und der Sicherheit beschränken, sondern auch Fragen wie Investitionen, Wachstum, Bildung, Gesundheit und Klima umfassen würden; Konferenz über den Indopazifik am kommenden 22. Februar; Konferenz zu den Westbalkanstaaten - die eines Tages in der EU sein werde - im Juni dieses Jahres, in enger Verbindung mit der tschechischen Präsidentschaft.

Im Sinne der Definition eines neuen europäischen Modells für Wachstum und Investitionen, eines Modells, das wie kein anderes die Solidarität mit Unternehmen und Arbeitnehmern mit der Fortsetzung des demokratischen Lebens verbunden habe, kündigte Herr Clément BEAUNE an:

- Bemühungen für die Fertigstellung der Texte des Klimapakets, insbesondere des CO₂-Grenzausgleichssystems, um eine Benachteiligung der europäischen Unternehmen durch unlauteren Wettbewerb zu verhindern;

- die Fortsetzung der Arbeiten am *Gesetz über digitale Märkte* (DMA) und dem *Gesetz über digitale Dienste* (DSA), um eine Regelung für die rechtliche Verantwortung der großen Akteure des Sektors zu schaffen;
- und der erfolgreiche Abschluss mehrerer Texte zu sozialen Fragen: zu Mindestlöhnen, zur gleichen Bezahlung und zur Vertretung von Frauen und Männern in den Unternehmen.

Er betont, dass die Bewahrung der Werte der Europäischen Union für ein menschlicheres Europa und das Gefühl der Zugehörigkeit im Mittelpunkt der Agenda der französischen Präsidentschaft stehen werde.

Er argumentiert, dass die Konferenz über die Zukunft Europas eine einzigartige Gelegenheit für eine offene Debatte über die Reformprioritäten der Europäischen Union sein werde, und äußerte den Wunsch, dass die sich daraus ergebenden Hauptlinien zusammengefasst würden und zu einem Moment des Handelns führen mögen. Er berichtet über die Debatten, die in jeder Region des französischen Mutterlandes und in Übersee sowie in vielen europäischen Ländern geführt wurden, und begrüßt, dass das dritte Kapitel des 37. halbjährlichen COSAC-Berichts diesen Themen gewidmet sei.

Als Ausdruck seines persönlichen Engagements für die Werte der Europäischen Union kündigt er die Fortsetzung der Debatten über Rechtsstaatlichkeit und neue Maßnahmen zur Gewährleistung der großen Freiheiten und Grundrechte an: Kampf gegen Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz, gegen Korruption, gegen Hass und Diskriminierung. In diesem Zusammenhang hofft er auf den erfolgreichen Abschluss zweier Texte, nämlich über die Finanzierung der politischen Parteien sowie über die Regulierung politischer Werbung.

Er erinnert daran, dass das Jahr 2022 das Europäische Jahr der Jugend sei, und erwähnt das vom Präsidenten der Republik vorgeschlagene Projekt des europäischen Zivildienstes und die Aufwertung der europäischen Universitäten - als sie 2017 nach der Sorbonne-Rede ins Leben gerufen wurden, sollten es 20 sein, heute seien es über 40 - indem eine Veranstaltung im Juni 2022 organisiert werde.

Herr BEAUNE erinnert an den Vorschlag von Präsident MACRON, eine Europa-Akademie zu gründen, in der Intellektuelle aller Disziplinen zusammenkommen sollten, um eine unabhängige Reflexion über die Geschichte und die Werte Europas wiederzubeleben und so die politischen Debatten zu beleuchten.

Er schließt mit einem Hinweis auf den ehrgeizigen Zeitplan der französischen Präsidentschaft, der die Organisation von über 400 Veranstaltungen vorsehe. Das demokratische Leben passe sich der Gesundheitssituation an, und die Versammlungen würden häufig in einem hybriden Format stattfinden, auch wenn Präsenzveranstaltungen, wann immer möglich, bevorzugt würden, insbesondere bei informellen Ministertreffen. Die französische Regierung verpflichte sich, die Debatten mit Leben zu füllen und sich für die europäischen Werte und Ambitionen einzusetzen.

Er ist der Ansicht, dass über die nationalen politischen Sensibilitäten hinaus alle die Überzeugung teilten, dass jedes Mitgliedsland darunter leiden würde, wenn das europäische Projekt geschwächt würde. Er fordert die Teilnehmer auf, hohe Ansprüche an Europa zu stellen, stolz darauf zu sein, ein Teil davon zu sein, ehrgeizig in die Zukunft zu blicken und engagiert für seine Reform einzutreten. (*Applaus*)

Herr Nik PREBIL, Vertreter der slowenischen Nationalversammlung, erinnert daran, dass während der slowenischen Präsidentschaft viele Herausforderungen

gemeistert worden seien, die den Weg für wichtige Entscheidungen geebnet hätten. Er freut sich, dass die französische Präsidentschaft diese Arbeit fortsetzen werde, insbesondere in Bezug auf den digitalen Wandel, die Stärkung der Belastbarkeit, den neuen Migrations- und Asylpakt, den ökologischen Wandel oder den Westbalkanstaaten, eine Region, die für die Sicherheit und die Zukunft Europas so wichtig sei. Er begrüßt auch die bevorstehende Veröffentlichung der Schlussfolgerungen der Konferenz über die Zukunft Europas und die Tatsache, dass die Jugend als eine der Prioritäten der französischen Präsidentschaft ausgewählt worden sei. Schließlich betont er die zentrale Bedeutung der parlamentarischen Dimension der Arbeit der nächsten Präsidentschaft.

Nach einer Würdigung von Herrn David SASSOLI hofft **Herr Dario STEFÀNO, Vertreter des italienischen Senats**, dass die französische Präsidentschaft in diesem wichtigen Moment für die Europäische Union einen großen Beitrag leisten werde. Das „NextGenerationEU-Paket“ sei ein innovatives Instrument, das auf gegenseitigem Vertrauen und der wechselseitigen Abhängigkeit der Finanzpolitik beruhe und eine Reihe von Reformen ermögliche. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt habe zum Ziel, das Wachstum zu fördern. Im Hinblick auf die Migrationsströme müssten die Bemühungen verstärkt werden, um neue strategische Partnerschaften mit Drittländern aufzubauen, insbesondere um die Rolle der Europäischen Union im Mittelmeerraum zu stärken. Darüber hinaus ist er der Ansicht, dass Europa seine Anstrengungen im Kampf gegen Covid-19 verstärken müsse: Nur durch europäische Zusammenarbeit und Solidarität könnten die Pandemie und die aktuelle Krise überwunden werden.

Für **Herrn Sergio BATTELLI, Vertreter der italienischen Abgeordnetenkammer**, ist die gegenwärtige Zeit komplex und nur ein vereintes Europa könne die anstehenden Herausforderungen bewältigen. Die ehrgeizige Agenda der

französischen Präsidentschaft werde voll und ganz geteilt. Der strategische Kompass werde die strategische Autonomie Europas stärken und die Wachstumsstrategie werde die EU zu einem eigenständigeren Akteur auf globaler Ebene machen. Außerdem fordert er Europa auf, bei der Entscheidungsfindung effektiver zu sein, insbesondere in der Migrationspolitik.

Frau Satu HASSI, Vertreterin des finnischen Parlaments, begrüßt die großen Engagements der französischen Präsidentschaft, insbesondere in Bezug auf die ökologische Nachhaltigkeit und das Wachstum. Die Ziele des „Fit for 55“-Pakets - Begrenzung der Emissionen und Erreichen der CO₂-Neutralität bis 2050 - müssten bei allen europäischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Sie unterstützt die Stärkung der strategischen Autonomie der Europäischen Union, die seit einigen besonders beunruhigenden Entwicklungen der letzten Zeit, wie den Cyberangriffen auf die ukrainische Regierung, umso notwendiger sei. Die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union müsse gestärkt werden und bestimmte europäische Werte und demokratische Grundsätze - wie der Grundsatz freier, fairer und offener Wahlen - müssten in Erinnerung gerufen werden. Sie begrüßt, dass der Schutz der Werte im Mittelpunkt der Europäischen Union - Grundfreiheiten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit - zu den Prioritäten der französischen Präsidentschaft gehöre.

Herr Gaëtan Van GOIDSENHOVEN, Vertreter des belgischen Senats, teilt den Entschluss, auf die zeitgenössischen Herausforderungen zu reagieren, die im Abschnitt Souveränität der Prioritäten der französischen Präsidentschaft genannt werden, insbesondere durch einen kollektiven Ansatz zur Situation an den Toren Europas zwischen den Partnern der Europäischen Union und den anderen strategischen Akteuren, darunter die NATO. Er ist der Ansicht, dass das ehrgeizige Ziel eines neuen europäischen Wachstumsmodells die EU zu einem Vorreiter der nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene mache, sowohl in Bezug

auf Innovation und Forschung als auch in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung mit der Herausbildung von beschäftigungsfördernden Sektoren, die auf die CO₂-Neutralität bis 2050 hinarbeiteten. In seinen Augen bleibt die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ein Grundpfeiler der Rechtsstruktur der Europäischen Union, ein wichtiger Faktor für den Erfolg des europäischen Projekts und dessen Fortbestand. Er betont die notwendige Aufwertung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Europa.

Frau Susana SULMEZO, Vertreterin des Unterhauses des spanischen Parlaments, bestätigt die Unterstützung Spaniens für die Prioritäten der französischen Präsidentschaft, um ein souveräneres Europa aufzubauen und ein humaneres digitales, grünes und soziales Wachstum zu erreichen, das den Erwartungen der europäischen Bürger gerecht werde. Sie teilt den Willen, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung zu stärken, und ist der Ansicht, dass Fortschritte im Bereich der strategischen Autonomie Europas erzielt werden müssten. Sie drängt auf eine Weiterentwicklung bei den Verhandlungen über den Migrations- und Asylpakt: Die Migrationsfrage sei eine Herausforderung von entscheidender Bedeutung für Europa und Spanien. Durch effektive Solidarität und geteilte Verantwortung müsse die Europäische Union eine wirksame Steuerung der Migrationsströme gewährleisten.

Frau Zita PLEŠTINSKÁ, Vertreterin des Nationalrats der Slowakischen Republik, dankt den Organisatoren für die Möglichkeit, trotz der schwierigen Gesundheitssituation ein Präsenztreffen abzuhalten. Sie erinnert an die großen Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert sei, wie beispielsweise Klimawandel und Migrationsfragen. Zwar müssten das organisierte Verbrechen und die Schlepper bekämpft werden, doch destabilisierten undemokratische Regime die Lage an den Außengrenzen der Europäischen Union. Nach dem Besuch einer slowakischen Delegation in Warschau im November 2021 sei vom Nationalrat der Slowakischen Republik eine Resolution zur

Unterstützung der von den belarussischen Maßnahmen betroffenen Mitgliedstaaten verabschiedet worden. Sie ist der Ansicht, dass die europäischen Verbündeten auf die Solidarität und Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten sowie auf die Zusammenarbeit der Agentur Frontex zählen können sollten, um die Grenzen, die Bürger und die demokratischen Werte der Europäischen Union zu schützen.

Herr Angel TÎLVĂR, Vertreter des Senats von Rumänien, begrüßt die Prioritäten der französischen Präsidentschaft für ein stärkeres Europa. Aufgrund der Erfahrungen mit der Covid-19-Krise tritt er für die Idee ein, ein effektiveres europäisches System der Entscheidungsfindung zu organisieren, um auf Krisen zu reagieren und die Belastbarkeit zu stärken. Rumänien widme der Frage der Saisonarbeiter besondere Aufmerksamkeit, da diese während der Pandemie eine wesentliche Rolle für das reibungslose Funktionieren des Europäischen Binnenmarkts gespielt hätten. Das 2020 verabschiedete Mobilitätspaket bleibe für Rumänien ein besonders heikles Thema: obwohl das Ziel ursprünglich darin bestand, die Rolle des Straßenverkehrs in der EU zu modernisieren und die Rechte der Fahrer zu stärken, seien problematische Bestimmungen eingeführt worden, mit negativen Auswirkungen für die Unternehmen, die in einer Stellungnahme des rumänischen Parlaments hervorgehoben worden seien. Er erneuert außerdem die Anfrage Rumäniens, dem Schengen-Raum beizutreten.

Laut **Herrn Joe McHUGH, Vertreter des irischen Parlaments**, müsse der Migrations- und Asylpakt die Beziehungen zwischen der EU und Afrika thematisieren, weshalb das angekündigte Gipfeltreffen so wichtig sei. Er kündigt an, dass die französische Präsidentschaft in diesen Punkten, wie auch beim Arbeitsprogramm für die Bürger und für ein menschlicheres Europa, seine Unterstützung erhalte.

Herr Domagoj HAJDUKOVIĆ, Vertreter des kroatischen Parlaments, freut sich über eine physische Sitzung, zwei Jahre nach der Sitzung in Zagreb. Er erinnert daran, dass Kroatien das letzte Land sei, das der Europäischen Union beigetreten sei, und hoffe, dass sein Land, um seine europäische Integration zu vervollständigen, bald dem Schengen-Raum sowie der Eurozone beitreten könne. Er begrüßt die Einladung von Vertretern der Beitrittsländer zur COSAC und freut sich über die Ankündigung einer Konferenz zu den Westbalkanstaaten, da die europäische Perspektive in dieser Region wichtig sei. Darüber hinaus halte er den europäischen Mindestlohn für ein wichtiges Thema im Hinblick auf ein humaneres Europa.

In diesem Jahr der Jugend fordert **Frau Danuta JAZŁOWIECKA, Vertreterin des polnischen Senats**, Frankreich auf, den Schwerpunkt auf eine verstärkte Klimabildung zu legen und die verschiedenen Instanzen, die in dieser Richtung arbeiten, zu unterstützen. Ihrer Meinung nach bräuchten die jungen Menschen die richtigen Werkzeuge, um die Herausforderungen des Klimawandels als Chancen zu nutzen.

Herr Anton HOFREITER, Vertreter des Deutschen Bundestages, wünscht sich, dass das CO₂-Grenzausgleichssystem und das „Fit for 55“-Paket während der französischen Präsidentschaft umgesetzt werden. Seiner Meinung nach sei es zwar wichtig, den Schengen-Raum zu stärken, doch die Grenzen, insbesondere im Mittelmeerraum, müssten aufnahmebereit bleiben. Schließlich ist er der Ansicht, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten nicht nur für Europa, sondern auch gegenüber anderen Staaten notwendig sei.

Frau Radvilė MORKŪNAITĖ-MIKULĖNIENĖ, Vertreterin des Parlaments von Litauen, beglückwünscht die französische Präsidentschaft zu ihren sehr ehrgeizigen Prioritäten. Angesichts der aktuellen gesundheits- und migrationspolitischen Lage erinnert sie

daran, wie wichtig es sei, die demokratischen Werte der Europäischen Union zu verteidigen. Sie drängt auf die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichssystems, um dem Handelsdruck, den China auf den Binnenmarkt ausübe, entgegenzuwirken.

Frau Hajnalka JUHÁSZ, Vertreterin der ungarischen Nationalversammlung, erklärt, dass Ungarn die französischen Prioritäten in Bezug auf den ökologischen und digitalen Wandel sowie den Kampf gegen Covid-19 unterstütze. Für sie seien Energie- und Klimapolitik miteinander verknüpft: Energie müsse erschwinglich sein, insbesondere für gefährdete Haushalte, während die Taxonomie Gas und erneuerbare Energien berücksichtigen müsse. Darüber hinaus vertritt sie die Ansicht, dass die Außengrenzen der Europäischen Union besser geschützt werden müssten. Was schließlich die Zukunft Europas betreffe, betonte Frau Juhász die Rolle der nationalen Parlamente und den Schwerpunkt, der auf die Westbalkanstaaten gelegt werden müsse.

Herr Reinhold LOPATKA, Vertreter des österreichischen Nationalrats, unterstützt voll und ganz die Prioritäten der französischen Präsidentschaft. Der Nationalrat fördere die Konferenz zur Zukunft Europas, insbesondere bei jungen Menschen aus den Westbalkanstaaten. Er dankt der französischen Präsidentschaft für die Organisation einer Konferenz über diese Länder, die auf eine Aufnahme in die Europäische Union hofften.

Herr Harris GEORGIADES, Vertreter des Repräsentantenhauses von Zypern, teilt die Äußerungen von Präsident Macron, der zu einer europäischen Macht in der Welt aufruft, die völlig souverän sei. Er wünscht sich ein Europa, das auf internationaler Ebene mit einer Stimme spreche, und ist der Ansicht, dass die Glaubwürdigkeit Europas in der Migrationsfrage auf die Probe gestellt werde, insbesondere aufgrund der Instrumentalisierung durch die autoritären Regime in Belarus und der Türkei. Er erinnert daran, dass Zypern der EU-Mitgliedstaat ist, der die meisten Migranten aufnehme: Deshalb

müsse Europa einen ehrgeizigen Migrations- und Asylpakt schaffen, der dennoch von Solidarität und europäischen Werten inspiriert sein müsse.

Herr Nikitas KAKLAMANIS, Vertreter des griechischen Parlaments, unterstützt die Ziele der französischen Präsidentschaft, insbesondere in Bezug auf die europäische Koordination und Solidarität: Die Pandemie und die Migrationsfragen könnten nur auf europäischer Ebene gelöst werden. Herr Kaklamanis äußerte Vorbehalte gegenüber der Funktionsweise der Konferenz zur Zukunft Europas: kein schriftliches Dokument, unzureichende Rolle der Parlamentarier, Leerheit der Vollversammlung, Schwierigkeiten mit der Pandemie usw. Er erwarte daher die Ergebnisse sowie die Vorschläge zur Schaffung von europäischen Wahlkreisen.

Frau Ria OOMEN-RUIJTEN, Vertreterin der Ersten Kammer der niederländischen Generalstaaten, fragt sich, wie man die Zustimmung des Europäischen Rates zur Migrationsfrage erhalten könne. Da es um die strategische Frage der Sicherheit gehe, betont sie, dass vielleicht mehr Initiativen ergriffen werden sollten, wenn es keine Konvergenz gebe.

Herr Peter KMEC, Vertreter des Nationalrats der Slowakischen Republik, beglückwünscht die französische Präsidentschaft zur Wahl ihres Slogans, der die Herausforderungen widerspiegele, denen sich die Europäische Union stellen müsse. Seiner Ansicht nach müsse Europa zwar digitaler, grüner und gerechter, aber auch sozialer und menschlicher werden, und die ersten Nutznießer sollten nicht die Lobbys, sondern die Bürger sein. Er unterstützt die französische Präsidentschaft bei den angekündigten Maßnahmen in Bezug auf Mindestlöhne, besser bezahlte und menschenwürdige Arbeitsplätze, Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern und Lohntransparenz.

Herr Marko PAVIĆ, Vertreter des kroatischen Parlaments, beglückwünscht die französische Präsidentschaft zu ihrem ehrgeizigen Programm. Kroatien, das die längste Außengrenze der EU habe, unterstütze insbesondere die Pläne zur Reform des Schengen-Raums und zur Erweiterung der EU auf die Westbalkanstaaten.

Herr Ștefan MUȘOIU, Vertreter der rumänischen Abgeordnetenkammer, begrüßt die Ergebnisse der slowenischen Präsidentschaft, nicht nur in Sachen Belastbarkeit und Konjunkturbelebung, sondern auch in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Sicherheit an den Ostgrenzen. Er bekräftigt seine Unterstützung für die Prioritäten der französischen Präsidentschaft und begrüßt ihre Ambitionen im Bereich der Sicherheit wie auch in den Bereichen Wirtschaftswachstum und Sozialschutz. Seiner Ansicht nach müsse Europa geeint sein, wenn es den Schutz seiner Außengrenzen vor hybriden Bedrohungen verstärken wolle. Er erinnert daran, dass Rumänien die Erweiterung der EU um die Westbalkanstaaten befürworte: Es erwarte die Aufnahme von Verhandlungen mit der Republik Nordmazedonien und Albanien und fordere Serbien und Montenegro auf, ihre Reformbemühungen fortzusetzen.

Frau Katja MEIER, Vertreterin des deutschen Bundesrates, begrüßt die ehrgeizigen Ziele der französischen Präsidentschaft in Bezug auf die Konjunkturbelebung und die Klimaneutralität. Europa müsse die Weichen für den ökologischen und digitalen Wandel stellen, aber dabei die Interessen der Bürger im Auge behalten. Sie möchte, dass eine Bilanz der Konferenz zur Zukunft Europas gezogen werde. Als Vertreterin des *Bundeslandes* Sachsen betont Frau Meier ebenfalls die Notwendigkeit, den Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit in den Grenzgebieten zu legen und dabei auch die Zivilgesellschaft einzubeziehen.

Laut Frau Anita CZERWIŃSKA, Vertreterin des polnischen *Sejms*, hängt der Erfolg von „*Fit for 55*“ davon ab, wie viel Geld für Investitionen bereitgestellt werde und wie wirksam die beschlossenen Mechanismen zur Abschwächung der CO₂-Emissionen sein werden. In Bezug auf die Energiekrise fordert sie Europa auf, einen umsichtigen und ausgewogenen Handlungsansatz zu verfolgen.

Frau Jorida TABAKU, Vertreterin des albanischen Parlaments, freut sich, dass der Westbalkan zu den Prioritäten der französischen Präsidentschaft gehöre, und dies trotz der Skepsis einiger Mitgliedstaaten und eines Teils der albanischen Bevölkerung. Bestimmte Kriterien wie Wahlen, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Bekämpfung der illegalen Einwanderung seien für die Westbalkanstaaten vorrangige Themen. Frau Tabaku vertritt die Ansicht, dass es keinen größeren Wandel als den europäischen Integrationsprozess gebe, und als Vorsitzende des für diesen Prozess zuständigen Ausschusses verpflichte sie sich persönlich dazu, ihre Arbeit gewissenhaft durchzuführen.

Frau Dušica STOJKOVIĆ, Vertreterin der Nationalversammlung Serbiens, begrüßt die Reformen, die im Rahmen der Verhandlungen mit der Europäischen Union eingeleitet wurden. Der Beitrittsprozess werde Serbien die Gelegenheit bieten, sich für Projekte in den Bereichen Umweltschutz, Biodiversität, Verbesserung der Luft-, Wasser- und Bodenqualität und Kreislaufwirtschaft einzusetzen. Frau Stojković betont, dass Serbien bereits große Fortschritte bei der Bekämpfung von Geldwäsche, Menschenhandel, Korruption und organisiertem Verbrechen gemacht habe. Sie bekräftigt den starken politischen Willen Serbiens, die notwendigen Gesetzesreformen durchzuführen.

Herr Ademi ARBER, Vertreter des Parlaments von Nordmazedonien, sagt, dass Nordmazedonien als EU-Beitrittskandidat die notwendigen Schritte unternehmen wolle, um den 2020 begonnenen Beitrittsprozess fortzusetzen. Er dankte der portugiesischen und der

slowenischen Präsidentschaft zwar für die erzielten Fortschritte, war jedoch der Ansicht, dass diese Bemühungen noch keine Früchte getragen hätten. Nordmazedonien möchte alle Reformen umsetzen, um das Leben seiner Bürger zu verbessern und sich der Europäischen Union anzunähern. Herr Arber berichtet auch, dass sich die bilateralen Beziehungen zu Bulgarien insbesondere aufgrund der Wahlergebnisse weiterentwickelten, die die Freundschaft und das Vertrauen zwischen den beiden Ländern förderten.

Herr Branimir GVOZDENOVIĆ, Vertreter des Parlaments von Montenegro, betonte, dass die Prioritäten der französischen Präsidentschaft Hoffnung vermittelten. Er möchte die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf die Notwendigkeit lenken, dass die Konjunkturbelebung der Westbalkanstaaten gefördert werden müsse, und drückt sein Vertrauen in die neu eingeführte Methodik aus. Er ist der Ansicht, dass jedes der Verhandlungskapitel eröffnet werden sollte. Herr Gvozdenović sagt, dass das Parlament von Montenegro eine sehr wichtige Rolle im Beitrittsprozess spiele, der fortgesetzt werden müsse - dieser sei erst zu 75 % vollzogen - und weitere Reformen erfordern werde.

Frau Ine ERIKSEN SØREIDE, Vertreterin des norwegischen Parlaments, berichtet, dass Norwegen die gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen ihrem Land und der Europäischen Union während der Pandemie begrüße. Sie beglückwünscht Frankreich zu seinem ehrgeizigen und sehr umfassenden Programm: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, eine unabhängige Justiz und Presse sowie der Kampf gegen Korruption seien Grundwerte der Europäischen Union. Frau Søreide betont, dass im Bereich der Sicherheit der Bedarf an Koordination dringender denn je sei. Sie weist auch auf die Notwendigkeit hin, im Bereich der Verteidigung Fortschritte machen zu müssen, um die Maßnahmen der NATO zu ergänzen.

Charles KINNOULL, Vertreter des britischen Oberhauses, ist der Ansicht, dass die offenen und liberalen Demokratien mit den gleichen Schwierigkeiten konfrontiert seien: Konjunkturbelebung, Covid-19-Krise usw. Er ist der Ansicht, dass die Wechselbeziehung zwischen den Volkswirtschaften und der wachsenden Bedrohung durch autoritäre Länder eine gemeinsame Arbeit erforderten. Er berichtet, dass das Oberhaus bereits in diese Richtung arbeite.

Herr Clément BEAUNE, Staatssekretär, dankt zunächst den COSAC-Mitgliedern für ihre Unterstützung der Prioritäten der französischen Präsidentschaft.

In Bezug auf die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn wünscht er sich Fortschritte bei den laufenden Verhandlungen in den Westbalkanstaaten, insbesondere in Bezug auf Albanien und Nordmazedonien, und begrüßt die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Bulgarien und Nordmazedonien. Über die Frage des Beitritts hinaus müsse die Europäische Union ihre Unterstützung für ihre unmittelbaren Nachbarn der Westbalkanstaaten in Bezug auf den Zugang zu Impfstoffen, Infrastrukturen, den grünen Wandel oder die Bekämpfung des Menschenhandels verstärken. Herr Clément BEAUNE verpflichtet sich, auf der Konferenz im kommenden Juni die konkreten Maßnahmen der Europäischen Kommission im Bereich der Investitionen weiter zu verfolgen. In Verbindung mit dem Präsidenten des Europäischen Rates werde im Februar ein Gipfeltreffen mit Afrika organisiert. Er betont, dass Frankreich sich voll und ganz für die Östliche Partnerschaft einsetze, um eine Reihe von regionalen Spannungen zu lösen, und bestätigt, dass die Europäische Union heute der engste Partner dieser Länder sei.

Weiterhin spricht Herr BEAUNE über Fragen der Souveränität, Verteidigung und Sicherheit. Der Zweck des strategischen Kompasses bestehe darin, die Europäische Union in ihrer Beziehung zu den Großmächten, insbesondere zu Russland und China, zu stärken. Er

sichert den litauischen Vertretern die volle Unterstützung der französischen Präsidentschaft angesichts der Handelsbedrohungen aus China und der hybriden Angriffe aus Belarus, die auch Polen und Lettland bedrohen, zu. Seiner Meinung nach hätten die europäischen Maßnahmen der letzten Wochen dazu beigetragen, die Spannungen abzubauen und das Ausmaß der Krise zu verringern: Dies sei ein Erfolg der europäischen Solidarität.

In der Frage der Migration müssten die europäischen Werte in Bezug auf Asyl respektiert werden und der Grenzschutz müsse effektiver sein. Die Schengen-Reform schließe die Aufnahme neuer Mitglieder nicht aus, Kroatien, Rumänien und Bulgarien hätten sich darauf vorbereitet. Der Präsident der Republik zeige sich in dieser Frage sehr offen, sobald die Beitrittskriterien erfüllt seien.

Herr BEAUNE stellt fest, dass mehrere Prioritäten des neuen europäischen Modells von den Teilnehmern geteilt würden, insbesondere im Hinblick auf die Klimafrage. Er erinnert an die großen Ambitionen der französischen Präsidentschaft in Bezug auf den CO₂-Anpassungsmechanismus, die Ziele für 2030 und 2050 und die sektoralen Regelungen, betont jedoch, dass man bei der Ausweitung des Emissionshandelssystems ETS (*Emission Trading System*) oder der sozialen Begleitung des grünen Wandels wachsam sein müsse.

Zur sozialen Frage merkte Herr BEAUNE an, dass ein Gleichgewicht zwischen der Bekämpfung des *Sozialdumpings* und der Stärkung des Sozialschutzes einerseits und der Achtung der Vielfalt der Sozialmodelle andererseits gefunden werden müsse.

Auf Fragen zum Gesundheitsbereich antwortet Herr BEAUNE, dass die Einrichtung der Agentur HERA (*Health Emergency Response Authority*), die während der

Gesundheitskrise fehlte, um Innovationen und den Zugang zu Impfstoffen zu finanzieren, ebenfalls eine der französischen Prioritäten darstelle.

Herr BEAUNE ist der Ansicht, dass die französische Präsidentschaft die politischen Diskussionen über Wachstumsfragen, die Investitionsstrategie und die Haushaltsregeln eröffnen müsse, insbesondere bei den informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs am 10. und 11. März. Er ist der Ansicht, dass die Regeln angepasst werden müssten und dass Europa die Mittel erhalten müsse, um in die großen prioritären Sektoren zu investieren, und zwar durch wichtige Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse, die eine verstärkte Finanzierung ermöglichen würden.

Herr BEAUNE stellt fest, dass die Thematik der Achtung demokratischer Werte von allen Teilnehmern angesprochen wurde. Er bedankt sich für das Engagement der Teilnehmer an der Konferenz zur Zukunft Europas, die darauf abziele, Europa in allen angesprochenen Bereichen zu reformieren - das europäische Modell, der Schutz der Grenzen, die Frage der Sicherheit und Verteidigung, die Nachbarschaft und die Integration anderer Länder in die Europäische Union. Seiner Meinung nach müssten dieser Erweiterung tiefgreifende Reformen vorausgehen, die von den Parlamentariern vorangetrieben werden sollten.

Abschließend dankt Herr BEAUNE besonders der slowenischen Präsidentschaft der Europäischen Union, die viele Themen vorangetrieben habe, bei denen in diesem französischen Halbjahr die letzten Meter zurückgelegt werden müssten. Er lobt auch Deutschland, das die Arbeit am strategischen Kompass eingeleitet habe, und Portugal, das für die Umsetzung des Aufbauplans gesorgt habe, sowie die Nachfolgepartner Frankreichs, die Tschechische Republik und Schweden, mit denen das Arbeitsprogramm bereits festgelegt sei. In der Ansicht, dass die Präsidentschaft der Union von Natur aus eine kollektive Arbeit mit

einer parlamentarischen Dimension sei, dankte Herr BEAUNE allen Parlamentariern für ihre Zusammenarbeit.

Die Sitzung wird um 11.30 Uhr unterbrochen. Sie wird um 11.35 Uhr fortgesetzt.

Zweite Sitzung - neue Arbeitsmethoden für die COSAC

- Vorsitz von Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten der Nationalversammlung der Französischen Republik -

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten der Nationalversammlung der Französischen Republik, eröffnet die zweite Sitzung des Treffens der COSAC-Vorsitzenden, die den neuen Arbeitsmethoden der Konferenz und insbesondere dem Plan der französischen Präsidentschaft gewidmet ist, Arbeitsgruppen einzurichten, um die Arbeit der COSAC effizienter zu gestalten. Dieser Entwurf sei von der Trio-Präsidentschaft einstimmig gebilligt worden; die von der Trio-Präsidentschaft vorgebrachten Anmerkungen und Klarstellungen seien berücksichtigt worden. Frau THILLAYE lädt zunächst Herrn Jean-François RAPIN ein, die Ziele dieser Arbeitsgruppen sowie die Mittel zu deren Umsetzung zu erläutern, und äußert den Wunsch, dass diese Entscheidung einvernehmlich getroffen werden könne.

Herr Jean-François RAPIN, Vorsitzender des Europaausschusses des Senats der Französischen Republik, betont den Konsens über die Unersetzlichkeit der COSAC als Ort des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament sowie als Kraft der parlamentarischen Meinungsäußerung und des Einbringens von Vorschlägen zu Themen, die für die europäischen Bürger von Interesse seien; ihre Rolle, ihre Mittel und ihre Tätigkeit seien daher allesamt wichtige

Herausforderungen, um die Europäische Union zu demokratisieren und sie den Bürgern näher zu bringen.

Herr RAPIN drückt den Wunsch der französischen COSAC-Präsidenschaft aus, zu der kontinuierlichen Bewegung zur Verbesserung der Effizienz und Sichtbarkeit der Arbeit der Konferenz beizutragen und so die Zugehörigkeit der Bürger zur Europäischen Union zu fördern. Dieser Wunsch stehe hinter dem Vorhaben, zwei Arbeitsgruppen einzurichten: eine zum Stellenwert der europäischen Werte, die das Herzstück der Zugehörigkeit zu Europa bilden, und eine andere zur Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union.

Ziel dieser beiden Gruppen sei es, die gemeinsame Arbeit und die Debatte über diese Themen zu erleichtern, um ein besseres gegenseitiges Verständnis der Parlamente zu erreichen; jede der Gruppen würde einen Bericht erstellen, der einen Überblick über die Punkte der Übereinstimmung, aber auch über die Unterschiede in den Ansätzen der Mitglieder gebe.

Was die erste Gruppe angeht, so stellt Herr RAPIN fest, dass die europäischen Werte zwar in Artikel 2 des EU-Vertrags dargelegt seien, dass aber weiterhin Fragen über die Definition und die Reichweite einiger der Grundelemente dieser Rechte bestünden. Ein Beispiel stelle die Rechtsstaatlichkeit dar. Diese Arbeitsgruppe hätte die Aufgabe, das Verständnis zu analysieren, das die Mitgliedstaaten von den europäischen Werten besitzen, und sich über die Errungenschaften und Schwierigkeiten auszutauschen, auf die einige dieser Staaten treffen, wenn sie sich unter Berücksichtigung ihrer nationalen Identität an diese Werte halten.

Die zweite Arbeitsgruppe würde nicht nur einen vollständigen Überblick darüber erarbeiten, wie die nationalen Parlamente ihrer Aufgabe nachkommen, die europäische Politik

der Regierungen zu kontrollieren und die Tätigkeit der europäischen Institutionen zu überwachen, sie würde zudem analysieren, welche Rolle den nationalen Parlamenten auf europäischer Ebene zukommt und Vorschläge unterbreiten, wie diese Rolle aufgewertet werden könnte.

Den Vorsitz der beiden Arbeitsgruppen würden gemäß der Geschäftsordnung der COSAC Frau THILLAYE oder Herr RAPIN selbst übernehmen, jedes Parlament könnte frei entscheiden, ob es an den Arbeitsgruppen teilnehmen möchte. Dabei könnte es in jeder Gruppe durch einen oder zwei seiner Mitglieder vertreten sein, das heißt eine Gesamtzahl von 56 Personen würde nicht überschritten werden. Sollte die Zusammensetzung der Gruppen bis zum Ende des Monats Januar erfolgt sein, so könnten sie ihre Tätigkeiten, Anhörungen und Austausch durch Videokonferenzen, ab kommenden Februar aufnehmen. In jedem Monat würden maximal zwei Treffen stattfinden. Die Planung der Arbeiten und die Auswahl der anzuhörenden Personen würden, auf Vorschlag der Mitglieder, durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden festgelegt. Herr RAPIN schlägt zudem vor, dass bei der Vollversammlung der COSAC im kommenden März von jeder Gruppe eine Zwischenbilanz vorgelegt werde. Bis zum Ende der französischen Präsidentschaft solle dann ein Bericht erarbeitet werden.

Herr RAPIN weist darauf hin, dass Herr Ondrej BENESIK, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des tschechischen Abgeordnetenhauses, die Trio-Präsidentschaft darüber in Kenntnis gesetzt habe, dass die Arbeitsgruppen auch unter der tschechischen Präsidentschaft fortbestehen könnten, allerdings sei er zum momentanen Zeitpunkt noch nicht in der Lage, Garantien hierüber auszusprechen. Das Ziel bestehe somit weiterhin darin, bis Ende des Monats Juni abschließende Berichte zu erstellen, die von den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen unter Berücksichtigung der Pluralität der geäußerten Meinungen ausgearbeitet würden. Nachdem die Berichte in der Gruppe diskutiert worden

sein, könnten sie einvernehmlich angenommen werden. Beiträge mit abweichenden Meinungen würden als Anhang mit aufgenommen. Die Modalitäten der Vorstellung der Berichte müssten noch festgelegt werden. Die COSAC wäre in jedem Fall frei, einige der Leitlinien zu übernehmen, indem sie diese in die Anträge und Beiträge aufnehmen könnte, die auf der Vollversammlung verabschiedet würden.

Herr RAPIN vertritt die Ansicht, dass der Einwand, der gegen die Bildung dieser Arbeitsgruppen erhoben werde, dass sich ihre Tätigkeit nämlich mit den Arbeitsgruppen der Konferenz zur Zukunft Europas überschneide, nicht als Hindernis angesehen werden müsse, da nicht alle Abgeordneten, die an der Konferenz teilnehmen würden, auch Mitglieder der COSAC seien, und dass die COSAC, in der die gemeinsamen Ansichten der nationalen Parlamente zum Ausdruck kämen, ihre eigenen Überlegungen zu jedem Thema von europäischer Relevanz anstellen müsse. Von Bedeutung sei auch, dass sich eine der Arbeitsgruppen der Konferenz zur Zukunft Europas mit der Demokratie befasse. Die Einsichten der COSAC zu diesem überaus wichtigen Thema seien daher von besonderem Interesse. Wenn die COSAC damit einverstanden sei, könnte man sogar daran denken, die Berichte ihrer Arbeitsgruppen in die Überlegungen der Konferenz zur Zukunft Europas einfließen zu lassen.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende, dankt Herrn RAPIN für seine Präsentation. Sie bedankt sich zudem bei den Mitgliedern der Trio-Präsidentschaft für die gute Arbeitsatmosphäre, wodurch die Ausarbeitung dieser Vorschläge möglich geworden sei.

Herr Domagoj HAJDUKOVIĆ, Vertreter des kroatischen Parlaments, ist der Ansicht, dass mit den Arbeitsgruppen ein wichtiger Schritt nach vorne bei der Verbesserung der Qualität der Arbeit der COSAC verbunden sei. Man werde einen formellen Rahmen finden müssen, aber die vorgesehenen Anhörungen seien von großem Nutzen. Seiner

Meinung nach stelle dieser Vorschlag eine wirkungsvolle Verlängerung des thematischen Austauschs dar, der unter der slowenischen Präsidentschaft initiiert worden sei. Aus diesem Grund werde die kroatische Delegation den Vorschlag unterstützen.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende, bekräftigt, dass dieser Ansatz dazu führen werde, dass sich die Mitglieder der COSAC besser verstehen und kennenlernen würden.

Frau Danuta JAZŁOWIECKA, Vertreterin des polnischen Senats, erinnert daran, dass das Europäische Parlament damit begonnen habe, an dem Paket „*Fit for 55*“ zu arbeiten, und fragt, ob es möglich sei, eine Online-Debatte mit den Berichterstattern über die diesbezüglichen Erwartungen der COSAC zu organisieren, um besser mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten und den Verlauf dieser Maßnahmen besser kennenzulernen.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende, dankt Frau Jazłowiecka für diesen Vorschlag, der Berücksichtigung finden werde.

Frau Roelien KAMMINGA, Vertreterin des Unterhauses der Niederlande, teilt die von der französischen Präsidentschaft dargelegten Prioritäten und zeigt sich zuversichtlich, dass Entscheidungen getroffen würden. Die Arbeitsgruppen seien eine ausgezeichnete Gelegenheit zu einem intensiven Austausch über das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger der Europäischen Union sowie insbesondere über die Rechtsstaatlichkeit, einem überaus wichtigen Konzept für diese Union. Die Niederlande seien sehr besorgt über die Entwicklungen in einigen Ländern. Die nationalen Parlamente müssten sich daher ebenfalls mit diesem Thema befassen. Frau Kamminga fragt die Vorsitzende nach der konkreten Funktionsweise der Arbeitsgruppen, da das vorgesehene Programm sehr ambitioniert sei. Sie äußert zugleich den Wunsch, die Gruppen mögen den Erwartungen gerecht werden.

Frau Eva KJER HANSEN, Vertreterin des Parlaments von Dänemark, dankt der Trio-Präsidentschaft dafür, diese ausgezeichnete Idee auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Sie schlägt vor, eine andere Arbeitsgruppe über die Methodik der Arbeit der COSAC selbst zu bilden. Diese sei zwar ein außergewöhnliches Forum, um sich über die Praktiken und Positionen eines jeden Parlaments auszutauschen und zu informieren, ihre Arbeitsmethoden bedürften ihrer Ansicht nach jedoch einer Reform. Nötig seien reale und authentische Diskussionen, effizientere Sitzungen mit klarer Zielsetzung über die wirklich wichtigen Fragen. Somit sei es gerechtfertigt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich damit befasse, wie die der COSAC zur Verfügung stehende Zeit besser genutzt werden könne. Frau HANSEN zeigt sich überzeugt, dass die COSAC für eine solche Reform bereit sei.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende, drückt ihr persönliches Einvernehmen mit der Ansicht von Frau Kjer HANSEN aus, stellt jedoch fest, dass ihr Vorschlag ohne vorherige Diskussion durch die Trio-Präsidentschaft nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden könne. Die französische Präsidentschaft werde dieses Thema dort zur Sprache bringen, damit es gegebenenfalls während der tschechischen Präsidentschaft diskutiert werden könne.

Frau Éliane TILLIEUX, Vertreterin der Belgischen Abgeordnetenkammer, erklärt sich uneingeschränkt bereit, bei der Einsetzung der beiden Arbeitsgruppen mitzuwirken. Danach macht sie zwei Vorschläge, um die französische Initiative zu unterstützen.

Was die Form betrifft, so schlägt sie vor, dass das Vorbereitungstreffen der Vorsitzenden, welches vor jeder Sitzung der COSAC stattfindet, online stattfinden könne, um der Vollversammlung mehr Bedeutung zu verleihen. Die Tagesordnungspunkte dieses Treffens der Vorsitzenden der COSAC könnten auf die Vorstellung der Prioritäten der

Präsidentschaft und die Diskussion der Themen, die im Zweijahresbericht der COSAC aufgeführt seien, begrenzt werden.

Inhaltlich erinnert sie daran, dass der Bericht der Arbeitsgruppe, deren Aufgabe es ist, über einen verstärkten politischen Dialog nachzudenken (die sogenannte „Grüne Karte“-Initiative, welche im Jahr 2015 von der COSAC habe gestartet werden können), nicht weiterverfolgt worden sei. Sie schlägt daher vor, die zukünftige Arbeitsgruppe über die Rolle der nationalen Parlamente möge diesen Dialog wiederbeleben. Dadurch könnten die Parlamente der Europäischen Kommission neue Gesetzesinitiativen vorschlagen und somit die europäischen Institutionen dazu zwingen, sich zu dem Thema zu äußern. Wenn man dieser Arbeitsgruppe eine solche Aufgabe anvertraue, so würde dies nach Ansicht von Frau TILLIEUX dazu beitragen, die Sichtbarkeit der COSAC gegenüber den Medien und der breiten Öffentlichkeit zu stärken.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende, nimmt die beiden Vorschläge zu Protokoll und bestätigt, dass die Verstärkung des politischen Dialogs eines der Themen sei, welches im Rahmen der Arbeitsgruppe über die nationalen Parlamente behandelt werden könne.

Herr Dario STEFÀNO, Vertreter des italienischen Senats, weist darauf hin, dass er bereits während einer vorangegangenen Sitzung der COSAC beantragt habe, dass die Rolle der nationalen Parlamente im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas stärker berücksichtigt werde. Er fügt hinzu, dass bereits viele Menschen ihre Zustimmung zur Stärkung der Gesetzesinitiativen des Europäischen Parlaments, der Kontrollbefugnisse der nationalen Parlamente und des Dialogs zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen der Gesetzgebung gegeben hätten.

Die COSAC sei der ideale Ort, um all diese Vorschläge zusammenzubringen, und sollte dazu dienen, die Positionen der nationalen Parlamente im Rahmen des europäischen Gesetzgebungsverfahrens zu verbreiten. Aus diesem Grund steht Herr STEFANO der französischen Initiative zur Gründung von zwei Arbeitsgruppen positiv gegenüber. Er weist zudem darauf hin, dass der politische Dialog, der durch die Vollversammlungen der COSAC in Gang kommt, aufgewertet werden sollte.

Schließlich sei es seiner Ansicht nach von grundlegender Bedeutung, die Kontinuität der periodischen Treffen der COSAC sicherzustellen, insbesondere durch Zusammenkünfte und einen Dialog mit den für die verschiedenen Politikbereiche der Europäischen Union verantwortlichen EU-Kommissaren.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende, erkennt an, dass die Sichtbarkeit der Tätigkeit der COSAC verstärkt werden müsse und fügt hinzu, dass die Anhörungen der EU-Kommissare einen Teil des Arbeitsprogramms darstellten.

Frau Ria OOMEN-RUIJTEN, Vertreterin der Ersten Kammer der niederländischen Generalstaaten, unterstützt den französischen Vorschlag uneingeschränkt. Sie begrüßt die Bemühungen von Frau THILLAYE und Herrn RAPIN sowie der Trio-Präsidentschaft, Überlegungen zu den Arbeitsmethoden in Gang zu bringen, da die Funktionsweise der COSAC nicht so flexibel sei, wie man es erwarten könne. Dies liege auch an ihrem Format. Frau OOMEN-RUIJTEN schätzt, dass die Schaffung von Arbeitsgruppen dazu beitrage, aus der COSAC ein echtes Forum und einen Ort zur Weiterverbreitung bewährter Praktiken zu machen.

Wenn die französische Initiative angenommen werde, sei es jedoch sinnvoll, die Kontinuität der behandelten Themen (die Rolle der nationalen Parlamente und die europäischen Werte) während der zukünftigen Präsidentschaften sicherzustellen.

Abschließend sei es nach Ansicht von Frau OOMEN-RUIJTEN wünschenswert, dass die zukünftigen Arbeitsgruppen Vorschläge im Hinblick auf die Vollversammlungen ausarbeiteten, um diese gegebenenfalls in die Beiträge der COSAC einzubringen.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende, dankt Frau OOMEN-RUIJTEN für ihre Unterstützung und stimmt der Idee der Kontinuität der Tätigkeit der Arbeitsgruppen zu. Jedoch sei es ihr nicht möglich, die nachfolgenden Präsidentschaften der Europäischen Union, also zunächst Tschechien und Schweden, zu verpflichten. Ihnen obliege es, die Überlegungen zu den während der französischen Präsidentschaft behandelten Arbeitsthemen fortzuführen. Frau THILLAYE erinnert daran, dass es die Entscheidung der Vollversammlung der COSAC sei, die Vorschläge der Arbeitsgruppen in ihre Beiträge aufzunehmen oder nicht.

Frau Etilda GJONAJ, Vertreterin des Parlaments von Albanien, hofft, dass die Frage der Westbalkanstaaten auch weiterhin zu den Prioritäten der Europäischen Union gehöre und dass in der ersten Hälfte des Jahres 2022 Entscheidungen in diesem Bereich getroffen würden. Es wäre in der Tat hilfreich, wenn sich die beiden neuen Arbeitsgruppen mit dem Thema befassen. Die COSAC würde so dazu beitragen, diese Länder in die Diskussion einzubeziehen und dadurch nicht nur ihr Gefühl der Zugehörigkeit zur Europäischen Union stärken, sondern auch ihre Teilnahme an den Überlegungen zur Zukunft Europas.

Sie schließt ihre Ausführungen mit der Bitte, Albanien möge Teil der beiden zukünftigen Arbeitsgruppen sein.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende, dankt Frau GJONAJ für ihren Vorschlag, weist aber darauf hin, dass die Frage, welche Rolle Staaten, die noch nicht Mitglied der Europäischen Union seien, im Rahmen der zukünftigen Arbeitsgruppen spielten, noch nicht entschieden sei.

Herr Jean-François RAPIN, Vorsitzender des Europaausschusses des Senats der Französischen Republik, dankt allen Rednern dafür, die Gelegenheit ergriffen zu haben, indem sie die französische Initiative durch ermutigende Redebeiträge unterstützt hätten. Er schätze den Umstand, dass die meisten unter ihnen versucht hätten, den ambitionierten Vorschlag, der ihnen unterbreitet worden sei, noch zu verbessern. Er sehe darin den gemeinsamen Willen, die Art und Weise, wie sich die COSAC artikuliert, weiterzuentwickeln.

Er weist darauf hin, dass die Entscheidung, die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen zu erweitern, bei deren Organisation liege und ihren Mitgliedern unterbreitet werden müsse. Er ist zudem der Ansicht, dass der dänische Vorschlag, eine neue Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, zwar reizvoll sei, man aber aufpassen müsse, nicht zu viel zur gleichen Zeit zu unternehmen, da ansonsten die Gefahr bestehe, keines der Vorhaben zufriedenstellend umzusetzen – getreu dem Satz „Wer sich zu viel vornimmt, führt nichts richtig durch“.

Er erklärt, dass die Kontinuität der Arbeitsgruppen sehr wohl angestrebt werden sollte, eine Entscheidung hierüber aber die Kompetenzen der französischen Präsidentschaft überschreite und es nicht möglich sei, einer zukünftigen Präsidentschaft einen Tagesordnungspunkt aufzuerlegen. Er versichert jedoch, dass Frau THILLAYE und er selbst alles tun würden, um diesen Wunsch weiterzuleiten.

Schließlich legt er dar, dass Frau Ursula VON DER LEYEN, Präsidentin der Europäischen Kommission, bei ihrem Besuch im Senat am 7. Januar auf ihn den Eindruck gemacht habe, einer Stärkung der Rolle der COSAC im demokratischen Leben Europas positiv gegenüberzustehen, und dass die Europäische Kommission wohl zu der Einsicht gelangt sei, dass die Stärkung der Verbindung zwischen nationalen Parlamenten, Europäischem Parlament und Europäischer Kommission durch die nationalen Abgeordneten erfolgen werde. Diese gewählten Vertreter mit engem Bezug zum täglichen Leben brächten eine andere Vorstellung von Politik ein. Für sie verlaufe der politische Prozess nicht in erster Linie von oben nach unten, sondern erfolge nahe an der Basis und bei den Menschen.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende, bedankt sich ihrerseits bei allen Rednern für Ihre Wortmeldungen.

Sie erinnert daran, dass die Geschäftsordnung der COSAC vorsehe, dass über die Schaffung von Arbeitsgruppen mit absoluter Mehrheit der Vorsitzenden entschieden werden könne, dass es für sie jedoch dem Geist der Arbeiten der COSAC eher zu entsprechen scheine, wenn man einen Konsens erreiche und keine formelle Abstimmung benötige.

Schließlich stellt sie fest, dass sich in der Debatte kein formeller Widerstand gegen die Schaffung der beiden Arbeitsgruppen über die europäischen Werte und die Rolle der nationalen Parlamente gezeigt habe.

Nach einer Befragung der Konferenz zu diesem Punkt stellen die Vorsitzenden fest, dass man nun davon ausgehen könne, dass die Vorsitzenden der COSAC im Konsens entschieden hätten, die beiden Arbeitsgruppen nach den vorgeschlagenen Modalitäten einzusetzen. (Applaus.)

Die Versammlung wird um 12.20 Uhr unterbrochen.

Sie wird um 14.15 Uhr wieder aufgenommen.

Dritte Sitzung – zwanzigster Jahrestag des Euro

- Vorsitz von Herrn Jean-François RAPIN, Vorsitzender des Europaausschusses des
Senats der Französischen Republik -

Herr Jean-François RAPIN, Vorsitzender des Europaausschusses des Senats der Französischen Republik, eröffnet die dritte Sitzung der Versammlung der Vorsitzenden der COSAC, welche einer Bilanz sowie den Perspektiven des Euro anlässlich des zwanzigsten Jahrestags der einheitlichen europäischen Währung gewidmet sei. Er begrüßt diese sichtbare und konkrete Umsetzung der Europäischen Union, der eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Integration im Binnenmarkt, aber auch für die europäischen Bürger zukomme. Seiner Ansicht nach handele es sich beim Euro auch um ein potenzielles Instrument europäischer Selbstbehauptung auf internationaler Bühne, auch in seiner digitalen Dimension.

Er weist erneut darauf hin, wie wichtig die Kontrolle der Entwicklung der Eurozone und der entsprechenden politischen Entscheidungen durch die nationalen Parlamente sei. Er dankt schließlich Frau Christine LAGARDE, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), für ihre Teilnahme an dieser Versammlung der Vorsitzenden der COSAC.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten der Nationalversammlung der Französischen Republik, spricht Frau Christine LAGARDE ihrerseits im Namen der Nationalversammlung ihren Dank aus.

Sie freut sich über den Weg, der seit der Einführung des Euro in unser tägliches Leben vor zwanzig Jahren zurückgelegt worden sei, und bedauert, dass die europäischen Bürger sich dessen nicht immer ausreichend bewusst seien. Als deutsch-französische Bürgerin

erinnert sie sich an die wahre Befreiung, welche die Einführung der einheitlichen Währung für sie darstellte, auch in einem ganz praktischen Sinne im alltäglichen Leben.

Frau THILLAYE vertritt die Ansicht, dass uns der Euro gemeinsam stärker gemacht habe. Während einige auf einen Zerfall der Eurozone und das Ende des Euro spekuliert hätten, sei es uns durch unsere Zugehörigkeit zur Eurozone und die schnelle Reaktion der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) unter Mario DRAGHI und Christine LAGARDE möglich gewesen, die Finanz- sowie die Coronakrise zu überstehen. Unsere Antwort habe gezeigt, wie wirksam ein gemeinsames Vorgehen von Finanz- und Geldpolitik sei. Ohne das entschiedene Handeln der EZB hätte eine Mehrzahl der Staaten der Eurozone ihre Bürger und Unternehmen nicht in dieser Form unterstützen können. Jedoch sei es nur durch staatliche Ausgaben möglich gewesen, die Hilfe genau dort zu erbringen, wo sie am effizientesten gewirkt habe.

Eine der großen Herausforderungen für die Zukunft des Euro sei es, nach Abschluss der laufenden Überlegungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung die Mittel zu finden, um nach der unmittelbaren Antwort auf die Krise auch weiterhin dafür zu sorgen, dass sich Geld- und Finanzpolitik im Sinne einer stabilen und prosperierenden Eurozone ergänzten.

Frau Sabine THILLAYE ist weiterhin überzeugt, dass dies durch die Festlegung der geeigneten Werkzeuge einer Koordination der nationalen Finanzpolitiken sowie durch eine Anhebung unserer gemeinsamen Haushaltsmittel auch nach Auslaufen des Aufbauplans *NextGenerationEU* (NGEU) erfolge. Sie erkennt jedoch an, dass es sich dabei um ein ebenso wichtiges wie schwieriges Unterfangen handelt, umso mehr in einem Umfeld großer Unsicherheit über die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation und der Inflation.

Abschließend fragt sie sich, ob es eine Schicksalsgemeinschaft innerhalb der Europäischen Union gebe oder ob wir für immer Konkurrenten bleiben müssten.

Frau Christine LAGARDE, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), nimmt sich einen Augenblick Zeit, um Herrn David SASSOLI, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, zu gedenken, dessen Beerdigung an diesem Tag in Rom stattfindet. Herr SASSOLI habe bei seinem Amtsantritt gesagt: „Europa hat noch viel zu sagen, wenn wir es mit einer Stimme ausdrücken können.“

Um es mit Staatspräsident François MITTERRAND zu sagen: „Je mehr Europa es geben wird, umso mehr muss dieses Europa demokratisch, umso mehr muss es parlamentarisch sein.“ Frau LAGARDE drückt ihre Dankbarkeit darüber aus, dass sie eingeladen wurde, um mit den Abgeordneten aus der gesamten Europäischen Union zu diskutieren.

Sie zeichnet den seit Januar 2002 zurückgelegten Weg noch einmal nach und zeigt sich zufrieden damit, dass heute 340 Millionen Menschen die Euroscheine und -münzen im Alltag verwenden. Ihrer Ansicht nach ist die einheitliche Währung beliebter als je zuvor.

Der Weg sei nicht immer leicht gewesen: von der weltweiten Finanzkrise des Jahres 2008 über die Staatsschuldenkrise bis zur Pandemie. Allen Skeptikern zum Trotz und entgegen allen Erwartungen habe der institutionelle Rahmen weiterentwickelt werden können. Frau Christine LAGARDE ist der Ansicht, dass es die Länder der Eurozone geschafft hätten, aus jeder Krise stärker hervorzukommen. Sie unterstreicht insbesondere die bemerkenswerte gemeinsame Antwort auf die Pandemie. Wenn wir jetzt in eine neue Phase eintreten, sollten wir in ihren Augen diesen Sinn für Einheit und diesen klaren Kurs unbedingt bewahren und

die Fortschritte der letzten beiden Jahre in einen dauerhaften Fortschritt für Europa umwandeln.

Um dieses Ziel zu erreichen, unterscheidet sie drei wesentliche Richtungen: Man müsse Stabilität herbeiführen, das Angebot verbessern und die strategische Autonomie stärken.

Ihrer Meinung nach sei die Covid-19-Pandemie zwar ein großer Schock für unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften gewesen, wir hätten aber auch unter Beweis stellen können, dass Europa in der Lage sei, die Stabilität zu garantieren, die für die Wirtschaft wichtig sei. Wenn die Führungskräfte gemeinsam auf das gleiche Ziel hinarbeiteten, könnten die Ergebnisse herausragend sein. Frau LAGARDE erinnert an den Beginn der großen Finanzkrise: Es habe sieben Jahre gedauert, bis das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Eurozone sein Vorkrisenniveau wieder erreicht habe. Gegenwärtig werde erwartet, dass das BIP sein Niveau von vor der Pandemie im ersten Halbjahr 2022 überschreiten werde. Sie ist überzeugt, dass dieser deutlich kürzere Zeitraum zu einem großen Teil auf die gemeinsame Antwort der europäischen und nationalen Behörden zurückzuführen sei.

Frau Christine LAGARDE unterstreicht, dass die EZB zügig ein Bündel an außergewöhnlichen Maßnahmen auf den Weg gebracht habe, um die Finanzmärkte zu stabilisieren, die angemessene Übertragung der Geldpolitik sicherzustellen und auf die Stabilität der Preise zu achten. Durch diese Schritte zur Beibehaltung von günstigen Finanzierungsbedingungen seien Unternehmen, Haushalte und Regierungen bei der Überwindung der Pandemie unterstützt worden. Zur gleichen Zeit hätten die Bankenaufseher der EZB alles unternommen, um es den Banken zu ermöglichen, die Übertragung dieser Maßnahmen sicherzustellen. Frau LAGARDE schätzt, dass all diese Regelungen dazu beigetragen haben, mehr als eine Million Arbeitsplätze in der Eurozone zu retten.

Sie unterstreicht, dass diese Geldpolitik von einer ehrgeizigen Antwort der Finanzpolitik der einzelnen Staaten begleitet worden sei, deren Ziel es gewesen sei, die Beschäftigung und die Einkommen zu stabilisieren. Sie begrüßt das gleichzeitige Handeln der Regierungen und Parlamente, durch das den Arbeitern und Unternehmen auf direktem Weg geholfen worden sei. Die Haushaltsregeln sowie die Bestimmungen im Hinblick auf Staatsbeihilfen seien übergangsweise ausgesetzt, neue gemeinsame Instrumente der Fiskalpolitik geschaffen worden, insbesondere das Programm *NextGenerationEU* bzw. *NextGen*.

Sie weist jedoch darauf hin, dass weiterhin die Notwendigkeit einer Stabilisierung bestehe. Zwar hätten die beschriebenen Maßnahmen die Voraussetzungen für eine starke Erholung geschaffen, leider sei es durch das schnelle Hochfahren der Wirtschaft aber zu sprunghaften Preissteigerungen bei Treibstoffen, Gas und Strom gekommen. Gleiches gelte für langlebige Wirtschaftsgüter und einige Dienstleistungen aufgrund einer Nachfrage, die auf ein eingeschränktes Angebot treffe. Die jährliche Teuerungsrate in der Eurozone habe im Dezember 5 % erreicht, wobei die Energiekosten zur Hälfte für diesen Anstieg verantwortlich seien. Frau LAGARDE bedauert, dass sich diese Umstände negativ auf das kurzfristige Wachstum auswirkten, ist jedoch der Ansicht, dass die Antriebskräfte der Preissteigerung im Laufe des Jahres an Kraft verlieren dürften. Sie nehme die Sorgen einer großen Anzahl an Mitbürgern dennoch sehr ernst und versichert, dass die EZB alles unternehme, um mittelfristig ein Inflationsziel von 2 % zu erreichen: So sei bei der letzten Versammlung des EZB-Rats am 16. Dezember 2021 beschlossen worden, die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Jahr 2022 stufenweise von etwa 85 Milliarden Euro auf 20 Milliarden Euro pro Monat zu reduzieren.

Was die Stärkung des Angebots angeht, so unterstreicht sie, dass sich sowohl der grüne Wandel als auch die digitale Revolution und die demografischen Entwicklungen unter dem Einfluss der Pandemie beschleunigt hätten. Um zukünftig ein nachhaltiges Wachstum sicherzustellen, müssten sich Angebot und Nachfrage gleich stark und in dem Maß entwickeln, in dem sich die Wirtschaft an diese Veränderungen anpasst. Frau LAGARDE ist weiterhin überzeugt davon, dass für Europa in den Veränderungen neues Wachstumspotential begründet liegt. Schließlich kämen neun der 20 führenden globalen Akteure beim Erwerb von Patenten in den Bereichen Digitales und Ökologie aus Europa. Voraussetzung sei jedoch, dass sich die Angebotskapazitäten ausreichend schnell anpassen.

Um ihre Befürchtungen zu veranschaulichen, wählt sie als Beispiel die Volatilität der Energiepreise, die den Übergangstechnologien wie dem Erdgas geschuldet sei. Diese Technologien müssten verwendet werden, um den Bedarf an Energie zu decken. Frau LAGARDE befürchtet, dass das Vertrauen unserer Mitbürger in die Abkehr von der Kohle geschwächt werde. Die Lösung bestehe daher darin, die Investitionen in erneuerbare Energien und andere grüne Technologien zu beschleunigen, um sie schneller einzusetzen.

Frau LAGARDE ist froh darüber, dass die europäische Antwort auf die Krise nicht nur die Stabilisierung der Nachfrage zum Gegenstand gehabt habe, sondern auch die Neuausrichtung des Angebots auf Zukunftssektoren – im Gegensatz zur Entwicklung in den USA oder anderen Regionen der Welt. Das Programm *NextGen* stelle ein einzigartiges Instrument dar, welches die Investitionsdynamik auslösen könne, die die Eurozone brauche. Es sei daher unerlässlich, das Gelingen vollständig sicherzustellen. Daher ermutigt sie die nationalen Abgeordneten, eine schnelle und effiziente Umsetzung der von den Mitgliedstaaten vorgelegten Reform- und Investitionspläne zu gewährleisten.

Sie räumt jedoch ein, dass *NextGen* nicht ausreichen werde, um unsere Wirtschaft auf die Zukunft auszurichten. Der Umfang des Programms belaufe sich auf 750 Milliarden Euro bis 2026, der grüne Wandel werde jedoch zusätzliche Investitionen in Höhe von 520 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 erfordern, um die festgelegten Ziele zu erreichen. Um unsere Hauptkonkurrenten im digitalen Bereich – die Vereinigten Staaten und China – einzuholen, müssten in jedem Jahr 125 Milliarden Euro zusätzlich mobilisiert werden.

Um diese Differenz zu decken, möchte Frau LAGARDE dank eines robusten, integren und diversifizierten Finanzsektors Mittel finden, um die großen Kapazitäten privater Investitionen in Europa, aber auch der übrigen Welt zu mobilisieren. Man müsse über die Bankenunion, die bereits zu zwei Dritteln realisiert sei, hinausgehen und sicherstellen, dass die Kapitalmarktunion (*Capital markets union* – CMU) in den kommenden Jahren vertieft werde. Sie erinnert daran, dass sie im vergangenen Jahr die Mitglieder der Eurozone dazu aufgerufen habe, ihre Anstrengungen zur Schaffung der „grünen Kapitalmarktunion“ zu verstärken. In der Tat seien die Aktieninvestoren am besten platziert, um die risikoreichsten und innovativsten Projekte zu finanzieren, die für den grünen und den digitalen Wandel unerlässlich seien. Europa profitiere zudem vom Vorteil „des zuerst Angekommenen“, da im Bereich des grünen Finanzwesens 60 % der weltweiten Anleihen innerhalb der EU emittiert werden.

Sie frage sich aber, welche Möglichkeiten es gebe, Fortschritte zu erzielen. Zwar stellten die Gesetzesvorschläge, die kürzlich von der Europäischen Kommission im Rahmen ihres Aktionsplans für die Kapitalmarktunion vorgelegt wurden, tatsächlich eine nützliche Diskussionsgrundlage für die Mitgesetzgeber dar, es seien jedoch auch auf nationaler Ebene Fortschritte nötig. Steuer- und Rechtsreformen mit dem Ziel, die Investitionen in Aktien und Risikokapital zu unterstützen, seien ein wesentlicher Bestandteil einer größeren Integration

der Kapitalmärkte. Diese Fortschritte müssten in enger Abstimmung zwischen den verschiedenen nationalen Parlamenten vorgenommen werden. So könnten die europäischen Aktienmärkte deutlich belebt werden, die heute unter dem Vergleich mit den großen Volkswirtschaften der Welt zu leiden hätten.

Frau Christine LAGARDE entwickelt anschließend den dritten Bereich, in dem Europa von dem profitieren könne, was während der Pandemie erreicht worden sei, nämlich die Stärkung seiner strategischen Autonomie. Die EZB habe in den letzten beiden Jahren mehrere Maßnahmen auf diesem Feld ergriffen. Ein besseres Gleichgewicht zwischen Geld- und Finanzpolitik habe zur Wiederbelebung der Binnennachfrage beigetragen, während das Programm *NextGenerationEU* die Glaubwürdigkeit der Anleiheemissionen der Europäischen Union gesichert habe. Die Anleihen seien auf den Märkten sehr beliebt und stärkten die Rolle des Euro.

Frau LAGARDE erkennt die digitale Revolution, die sich während der Pandemie beschleunigt habe, als neue Herausforderung an, die es nötig mache, über den Platz Europas in der Welt nachzudenken. Der digitale Wandel habe weltweite Bedeutung, andere Volkswirtschaften hätten einen gewissen Vorsprung erzielt.

In diesen digitalen Fragen fordert sie ein gemeinsames Tätigwerden, um die Kontrolle über die wichtigsten wirtschaftlichen Aktivitäten zu behalten und die Rechtsnormen auf dem höchstmöglichen Niveau festzusetzen. Die kürzlichen Gesetzesinitiativen über die digitalen Dienste und Märkte (*Digital Services Act* und *Digital Market Act*, *DAS* und *DMA*) sowie der „Weg in die digitale Dekade“ (*Path to the Digital Decade*) trügen dazu bei, die diesbezügliche Position der Europäischen Union in der Welt zu stärken und für die europäischen Normen zu werben.

Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank weist darauf hin, dass die EZB mit ganzer Kraft am Projekt zum digitalen Euro arbeite. Die Beteiligten müssten 2023 entscheiden, wie die Arbeiten fortgeführt werden sollten. Ein digitaler Euro wäre ein einfaches Zahlungsmittel, risikolos, vertrauenswürdig, von einer Zentralbank herausgegeben, mit einer öffentlichen Garantie ausgestattet und in der gesamten Eurozone akzeptiert. Er würde den Unternehmen neue Möglichkeiten eröffnen und eine Katalysatorrolle für technischen Fortschritt und Innovationen spielen. Die europäischen Akteure wären in der Lage, ihre Dienste zu verbessern und auf dem Zahlungsmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies würde auch die monetäre und finanzielle Souveränität Europas begünstigen.

Schließlich stellt sie klar, dass der digitale Euro das Bargeld nicht ersetzen würde, im Übrigen habe die EZB ein Verfahren zur Gestaltung neuer Euroscheine auf den Weg gebracht.

Am Ende ihrer Ausführungen zeigt sich Frau LAGARDE erfreut über die Ergebnisse des gemeinsamen Handelns. Die Europäer kämen zunehmend gestärkt aus der Krise und besäßen solide Grundlagen, um darauf ihre Zukunft aufzubauen. Ein langer Weg läge jedoch noch vor ihnen, sie appelliert daher an die Entschlossenheit aller.

Die Worte von Nicolas SARKOZY anlässlich der letzten französischen Präsidentschaft der Europäischen Union sind auch heute noch nicht verklungen: „Europa muss sich die Mittel geben, um seine Rolle in der neuen Welt zu spielen, die gerade entsteht.“ In der Phase, die nun beginnt, müsse es möglich sein, Entscheidungen zu treffen, die der Höhe der Herausforderungen entsprächen. Dies sei die beste Art, der ganzen Welt zu zeigen, dass der Euro die Europäer zusammenführt und dass er sie stärker macht. (*Applaus.*)

Frau Satu HASSI, Vertreterin des finnischen Parlaments, sieht den Euro als Ursache für Stabilität und Instabilität zugleich, wie die Krise der Währung vor zehn Jahren gezeigt habe.

Sie zählt die nicht gelösten Probleme auf: die ausufernde Verschuldung, eine zu „prozyklische“ Geldpolitik sowie die fehlende Vertiefung der Währungsunion. Sie ruft dazu auf, den Mitgliedstaaten mehr Gewicht bei der Beurteilung der Nachhaltigkeit ihrer Schulden zu geben. Wenn es nötig sei, die Regeln aufzuweichen, dann müsste dies nach einheitlichen Kriterien geschehen, die von allen Mitgliedstaaten beschlossen worden seien.

Sie hoffe schließlich, dass die Interaktionen zwischen Arbeit, Sozialem und Wirtschaft im Verlauf des Europäischen Semesters besser berücksichtigt würden, um die Volkswirtschaften umzustrukturieren und ökologischer zu gestalten.

Herr Rubén FAUSTO MORENO, Vertreter des Senats von Spanien, erinnert daran, dass die COSAC 1989 in Madrid gegründet und der Name „Euro“ von den Mitgliedstaaten im Jahr 1995 ausgewählt worden sei. Der Euro habe das Leben der europäischen Bürger und Unternehmen verbessert, indem er Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Wohlstand gebracht habe. Seine Fähigkeit, der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 oder der Covid-Pandemie zu widerstehen, sei durch Zusammenarbeit sowie eine zunehmende Integration von Mitgliedstaaten zu erklären. Dies sei die beste Antwort auf die Gegner der gemeinsamen Währung.

Angesichts dessen, dass der Euro ein Symbol für die europäische Identität und Einheit sowie für die europäischen Werte sei, ruft er dazu auf, seine Rolle auf internationaler Ebene zu stärken und ihm eine digitale Dimension zu verleihen. Herr FAUSTO MORENO schätzt, dass die Haushaltsregeln verstärkt und reformiert werden müssten, um einfacher und

transparenter zu werden. Die nationalen Parlamente müssten sie sich aneignen können, um eine bessere Abstimmung zwischen den nationalen Haushalten und den in Brüssel verabschiedeten Regeln zu erreichen.

Schließlich bedauert er, dass es keinen Mechanismus für Kontrolle und Sanktionen gibt. Er ist der Ansicht, es müsse eine Verbindung zwischen der Verletzung der Haushaltsregeln und dem Zugang zu europäischen Geldern eingeführt werden. Nur durch ein fortlaufendes Bemühen zur Anpassung könnten der Euro und die EZB ihre Kraft bewahren.

Herr Domagoj HAJDUKOVIĆ, Vertreter des kroatischen Parlaments, sieht den Euro rückblickend als einen historischen Erfolg, da die gemeinsame Währung ihre Vorteile trotz einiger Schwierigkeiten unter Beweis gestellt habe. Als Vertreter eines Landes, das sich um die Aufnahme in die Währungsunion bewirbt, befürchte er vor allem einen Anstieg der Inflation, wie er in einigen Ländern erfolgt sei. Dagegen sei der erfolgreiche Weg der Slowakei ein Beispiel, dem sein Land folgen müsse. Er hoffe, dass der zwanzigste Jahrestag des Euro den Weg für einen Beitritt zur Eurozone freimache. Zusammen mit dem Eintritt in den Schengen-Raum würde dies für sein Land eine echte Integration in die europäische Familie bedeuten.

Frau Danuta JAZŁOWIECKA, Vertreterin des polnischen Senats, gibt zu, dass sie etwas enttäuscht gewesen sei, als die EZB-Präsidentin das Projekt zum digitalen Euro erwähnte. Sie halte es für unerlässlich, dazu eine Strategie zu entwickeln und die Köpfe der Menschen darauf vorzubereiten, frage sich jedoch, wie dies konkret aussehen könne. Sie bestätigt, dass die Pandemie das Leben der Europäer auf den Kopf gestellt habe, insbesondere hinsichtlich der Nutzung digitaler Hilfsmittel.

Herr Dario STEFÀNO, Vertreter des italienischen Senats, zeigt sich zufrieden damit, dass die Europäische Union ihre Paradigmen tiefgreifend weiterentwickelt habe, insbesondere hinsichtlich des Schutzes von Arbeitsplätzen. Das Programm „Aufbau- und Resilienzfazilität“ sei eine Referenz, die sowohl den grünen als auch den digitalen Wandel fördern sollte. Die Stärkung der Rolle der Europäischen Investitionsbank sowie des europäischen Stabilitätsmechanismus sowie die Interventionen der EZB im Rahmen des Pandemie-Managements seien ebenfalls zu begrüßen.

Er erklärt, dass es in der Natur der europäischen Integration liege, auch in außergewöhnlichen Krisensituationen weiter voranzuschreiten. Seiner Meinung nach sei Europa noch nicht vollständig gerüstet, um die großen Herausforderungen zu meistern, vor denen es stehe. Das Programm *NextGenerationEU* könne der erste Schritt auf dem Weg zu einer echten Fiskalunion sein, die eine dauerhafte und eigenständige europäische Schuldenaufnahme erlauben würde. Dieses Programm verheiße außerdem eine gemeinsame Politik, die den grünen und digitalen Wandel sicherstellen könne.

Schließlich fordert er, dass die unauflösliche Verbindung zwischen der wirtschaftlichen und der sozialen Dimension in diesem Semester Gegenstand besonderer Arbeit werde. So schlägt er vor, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu stärken und ihm soziale Kriterien hinzuzufügen, indem quantitative Indikatoren für Wohlbefinden, Inklusion und sozialen Zusammenhalt verbindlich gemacht würden.

Herr Christian BUCHMANN, Vertreter des österreichischen Bundesrates, stellt fest, dass der Euro, der zu einem wichtigen Stabilitätsfaktor geworden sei, auch zur Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beigetragen habe.

Er fordert die Einhaltung der Haushaltsregeln und unterstützt das von der EZB-Präsidentin angekündigte Ziel, die Inflation mittelfristig auf 2 % zu begrenzen. Er begrüßt die Pläne für eine Bankenunion und eine Kapitalmarktunion.

Schließlich erklärt er sich vorbehaltlich einer strengen Bewertung dazu bereit, die EZB bei der Fortsetzung ihres Projekts zum digitalen Euro zu unterstützen, den er für ein vielversprechendes Instrument halte, das sowohl für die Wirtschaft als auch die europäischen Bürger von Nutzen sei.

Herr Raimond KALJULAIID, Vertreter der Staatsversammlung von Estland, unterstreicht, wie sehr die Europäische Union und der Euro als Synonyme für Wohlstand und Sicherheit seine Generation geprägt haben.

Er erinnerte daran, dass Estland, das den Euro seit dem 1. Januar 2011 verwende, sich auf dessen Einführung habe vorbereiten müssen, während es eine verheerende Finanzkrise durchlebt habe. Es sei nicht immer leicht gewesen, den estnischen Bürgern zu erklären, dass es unter diesen Umständen notwendig sei, sehr strenge Haushaltsregeln zu befolgen, aber Estland habe es geschafft, aus dieser Schwierigkeit einen großen Erfolg herbeizuführen.

Damit die Eurozone ein Raum der Chancen bleibe, halte er es für notwendig, sich der Innovations- und Digitalisierungsfrage anzunehmen. In diesem Sinne erscheine ihm das Projekt zum digitalen Euro sehr interessant. Er betont jedoch, dass die logische Folge dieser Innovation die finanzpolitische Verantwortung sein müsse.

Herr Dimitris KAIRIDIS, vom griechischen Parlament, begrüßt den kürzlichen Besuch des Senatspräsidenten Gérard LARCHER beim griechischen Parlament in Athen und freut sich darauf, ihn im kommenden März wiederzusehen.

Er erinnert daran, dass innerhalb der Eurozone Griechenland in den letzten zehn Jahren das Land gewesen sei, das am meisten gelitten habe, ohne dass dabei die Unterstützung des griechischen Volkes für das europäische Projekt ins Wanken geraten sei. Er fragt sich, welche Wachstumsperspektiven es in naher Zukunft in Südeuropa für den Euro geben könne, insbesondere in Griechenland, einem Land, dessen Abstand zum EU-Durchschnitt in den letzten Jahren immer größer geworden sei.

Als sie geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds gewesen sei, habe Christine LAGARDE mehrfach die andauernde unzureichende Leistung der Eurozone angeprangert. Wie sehe es in letzter Zeit damit aus? Wie stehe es mit der Politik, die angesichts steigender Zinssätze und der Inflationserwartungen für 2022 umgesetzt werde?

Schließlich bedankt er sich bei Christine LAGARDE für ihre ermutigenden Bemerkungen zur Aufstockung der Haushaltsmittel der Eurozone und zur Umwandlung des Aufbauplans *NextGenerationEU* in ein beständigeres Instrument.

Herr Dragomir STOYNEV, von der bulgarischen Nationalversammlung, erinnert daran, dass die Einführung des Euro und die gemeinsame Geldpolitik von strategischer Bedeutung für die Entwicklung des europäischen Projekts gewesen sei.

Er stellt fest, dass die Einführung der Eurozone es im ersten Jahrzehnt ermöglicht habe, das Wechselkursrisiko aufzuheben und die Kosten zu minimieren; auch die Handelsströme und der Kapitalverkehr hätten zugenommen.

Er bemerkt, dass nach 2008 und insbesondere nach der Schuldenkrise 2014 und 2015 und schließlich während der mit der Pandemie verbundenen Krise, die Europäische Union und die Europäische Zentralbank sich in einem Umfeld haben entwickeln müssen, dass von Erschütterungen und Verschiedenheiten geprägt gewesen sei. Dennoch habe die

umfangreiche Unterstützung der EZB gegenüber den Staaten nicht nur den Euro gerettet, sondern auch seine Attraktivität auf internationaler Ebene gestärkt.

Herr STOYNEV stellt fest, dass der Euro, der weit davon entfernt sei, eine Reservewährung zu sein, inzwischen ein institutioneller Ankerpunkt für eine bestimmte Zahl von Ländern sei, eine Währung zur Ausgabe von Schulden und ein Zahlungsmittel für Handelstransaktionen. Der Euro werde gestärkt, während der Dollar geschwächt werde.

Herr STOYNEV hebt hervor, dass neben den vom europäischen Projekt getragenen Werten auch die Währungsinstitution, die der Euro darstelle, eine besondere Bedeutung für die Beschleunigung der Entwicklung des europäischen Projekts in der Region der Balkanstaaten habe. Die große Mehrheit der Bürger, der Unternehmen, der Banken und der öffentlichen Einrichtungen in den Balkanstaaten habe sich bereits für den Euro entschieden. Bulgarien und Kroatien gehören seit 2020 zur europäischen Bankenunion. Sie planen die Einführung des Euros jeweils für 2023 bzw. 2024. Stoynev fragt sich, inwiefern der Prozess beschleunigt und auf die Gesamtheit der Balkanstaaten ausgeweitet werden könnte.

Herr Sergio BATTELLI, Vertreter der italienischen Abgeordnetenkammer, begrüßt den Erfolg des Euro, der zwanzig Jahre nach seiner Einführung zur zweitwichtigsten internationalen Währung nach dem US-Dollar geworden sei. Er betont die Notwendigkeit, den Euro weiter zu stärken, indem insbesondere eine einheitliche Vertretung im Rahmen internationaler Finanzinstitutionen und -konferenzen sichergestellt werde.

Der Euro sei bislang die wichtigste Währung, die zur Finanzierung grüner Investitionen verwendet werde, da dies die Hälfte aller *Green Bonds* betreffe. Dieser Weg

müsse fortgesetzt werden. Die Europäische Union könne und müsse weltweit ein Vorbild sein, wenn es darum gehe, Projekte mit positiven Umweltauswirkungen zu finanzieren.

Herr BATTELLI ist der Meinung, dass die einheitliche Währung auch durch die Einführung des digitalen Euro gestärkt werde. Die EZB arbeite daran und es werde notwendig sein, die mit diesem Projekt verbundenen Vorteile und die unerwünschten Auswirkungen zu analysieren. Es sei im Interesse aller, ihn zu unterstützen, da er die Digitalisierung der europäischen Wirtschaft und die Innovation der Zahlungssysteme fördern könnte. Dennoch werde es notwendig sein, darauf zu achten, dass die Souveränität der EZB in Währungs- und Finanzfragen bekräftigt und die Stabilität des digitalen Finanzwesens geschützt werde.

Herr BATTELLI ist der Ansicht, dass die Reform der wirtschaftspolitischen europäischen Steuerung, die transparenter sein sollte, auch im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas diskutiert werden könne. Es sei notwendig, das neue makroökonomische Szenario zu berücksichtigen, das aus der mit der Pandemie verbundenen Krise hervorgehe. Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts würden von einer Vereinfachung und Klärung, die auf leicht zu bestimmenden Faktoren basieren, profitieren. Sie sollten das Wachstum ankurbeln und Investitionen fördern, um den digitalen und ökologischen Wandel zu beschleunigen. Es werde außerdem wichtig sein, die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu verringern.

In diesem Sinne könnten der Plan SURE (*Support to mitigate unemployment risks in an emergency*), ein Instrument zur vorübergehenden Unterstützung in Notsituationen zum Abfedern von Risiken der Arbeitslosigkeit, und der Aufbauplan *NextGenerationEU* zukünftig als Modelle dienen.

Schließlich ist Herr BATTELLI der Ansicht, dass die Bankenunion vervollständigt werden müsse, indem an ihrer dritten Säule, an einem gemeinsamen System zur Sicherung von Bankeinlagen, gearbeitet werde.

Herr Gaëtan Van GOIDSENHOVEN, Vertreter des belgischen Senats, betrachtet den Euro als das Symbol, das die Europäische Union bei den Bürgern, die ihn im Alltag verwenden, am besten kennzeichne. Seine Geschichte sei weit entfernt davon, ruhig zu verlaufen, da der europäischen Währung während der Eurokrise 2008 sogar der Untergang drohte. Wie so oft in der Geschichte der Europäischen Union sei diese Krise dank Solidarität und Widerstandfähigkeit überwunden worden.

Seit seinen Anfängen erleichtere der Euro den Alltag von Privatpersonen und Unternehmen, indem er die Schwierigkeiten beim Geldwechsel aufhob. Somit habe er die Entwicklung des Handels im Binnenmarkt beschleunigt und dazu beigetragen, die Verbindungen zwischen den zugehörigen Ländern zu stärken. Vor Kurzem sei der Euro im Aufbau- und Resilienzplan eingesetzt worden, was auf kurze Sicht eine seiner ganz konkreten technischen Auswirkungen darstelle.

Dennoch ist Herr Van GOIDSENHOVEN der Ansicht, dass auf längere Sicht über die Stärkung dieser Zusammenarbeit nachgedacht werden müsse, um sie stärker und beständiger zu machen, da sie heute einen grundlegenden Vorteil für die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union darstelle.

Er begrüßt weiterhin die zielgerichtete und scharfsinnige Aussage, die LAGARDE in einem von Unsicherheit und einer schnell steigenden Inflation geprägten Klima getroffen habe. Er nimmt daraus ein uneingeschränktes Engagement für die

Preisstabilität, die Beschleunigung von Investitionen in erneuerbare Energien und die Berücksichtigung der Frage nach der Digitalisierung mit.

Er schließt mit der Ermutigung, die Hindernisse, die in einer Krise zwangsläufig auftreten werden, zu überwinden.

Frau Christine LAGARDE, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), bedankt sich bei allen Abgeordneten für ihre Beiträge, ihr Interesse und ihre Neugier. Sie betont, wie aufmerksam die Europäische Zentralbank die verschiedenen zum Ausdruck gebrachten Punkte verfolge.

Sie begrüßt die Abgeordneten aus Kroatien und Bulgarien, deren Länder Beitrittskandidaten für die Eurozone und die Einführung der einheitlichen Währung seien. Sie wisse, dass es der öffentlichen Meinung in diesen beiden Ländern am Herzen liege, dieser Zone beizutreten, dass es aber auch nie leicht sei, eine Währung aufzugeben, um eine neue einzuführen. Es sei nämlich erforderlich, Grundsätze für die Operationalisierung und die Zahlungen zwischen den verschiedenen Ländern einzuführen. Sie hofft, dass die Eurozone nach dem Konvergenzbericht im Juni 2022 zwei neue Mitglieder haben werde. Sie ist der Ansicht, dass der Entschluss Kroatiens und Bulgariens den einheitsstiftenden und widerstandsfähigen Faktor verdeutliche, den die einheitliche Währung seit zwanzig Jahren darstelle.

Frau LAGARDE erinnerte daran, dass die verschiedenen Währungen manchmal der Ursprung für große ökonomische und monetäre Schwierigkeiten gewesen seien. Anstatt die Europäer zu vereinen, habe sie sie oftmals gespalten. Heute sei der Euro eine stabile, nachhaltige Währung, die zeitlich und räumlich verankert sei. Sie ist die zweitwichtigste internationale Reservewährung der Welt. LAGARDE betont, dass sich der Umfang der Euro-

Reserven der Zentralbanken nach der großen Finanzkrise zwischen 2008 und 2011 verringert habe. Aber der Euro habe in den letzten Monaten nicht geschwächt, was wahrscheinlich der Fähigkeit der Europäischen Union zu verdanken sei, auf die durch die Pandemie herbeigeführte Wirtschaftskrise zu reagieren.

Sie ist der Ansicht, dass der Weg zur Entwicklung und Stärkung der Europäischen Union, insbesondere der Eurozone, über die Bankenunion, den europäischen Kapitalmarkt und die Stärkung der fiskalpolitischen Integration weiter zu verfolgen sei. Sie ist davon überzeugt, dass die Beschreitung dieses Weges dazu beitrage, das europäische Haus aufzubauen.

Die Präsidentin der EZB betont, dass die Position des Rates der Europäischen Zentralbank zum Stabilitäts- und Wachstumspakt denen einiger Redner nahe komme. Ihrer Meinung nach sei eine Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten zwingend erforderlich, insbesondere für diejenigen, die durch eine gemeinsame Währung miteinander verbunden sind. Es bedürfe einer wirksamen Disziplin, der man nicht entkommen könne, stellt sie fest, aber auch einen einfacheren, verständlicheren und in seinen Modalitäten wirksameren Pakt. Dieser Pakt müsse auch eine antizyklische Finanzpolitik ermöglichen und müsse gegebenenfalls mit einer fiskalpolitischen Kapazität einhergehen.

Sie ist der Ansicht, dass es in den kommenden Monaten zu ausführlichen Debatten kommen werde, um zu präzisieren, wie diese finanzpolitische Solidarität ausgedrückt werden könnte, nach welchen Modalitäten, Wegweisen, Kontrollen durch die verschiedenen parlamentarischen Institutionen, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, und in welcher Abfolge. Es handele sich um eine größere Baustelle, betont sie, da die Ausnahmeregelung, die während der Pandemie eingeführt wurde, nicht ewig

andauern könne. Sie möchte, dass die neuen Regeln vor der Rückkehr zum Normalzustand akzeptiert werden.

Frau LAGARDE stellt fest, dass mehrere Redner über die digitale Geldform und darüber, wie eine Zentralbank an dieser Innovationsbewegung teilhaben könne, sprachen. Sie sei von der Notwendigkeit überzeugt, mit Hochdruck voranzugehen, um die Probleme aufzuarbeiten, Lösungen zu finden, die Interventionsmöglichkeiten zu identifizieren und zu bestimmen, auf welcher technologischen, politischen und auch philosophischen Ebene dieser digitale Euro eingeführt werden könne.

Sie führt an, dass die chinesische Zentralbank seit sieben Jahren an einem Projekt für einen digitalen *Renminbi* (RMB) arbeite, der bis zu den Olympischen Spielen in Peking eingeführt werden solle, dass jedoch noch nichts sicher sei. Ebenso sei auch die schwedische Nationalbank, die seit vier Jahren an einem ähnlichen Projekt arbeite, noch nicht bereit dazu, eine digitale Krone auf den Markt zu bringen.

Sie betont die Komplexität eines solchen Projekts, das zahlreiche Probleme aufwirft, die den erklärten Zielen und Ambitionen gerecht werden. Diese digitale Geldform müsse für die Europäer einfach und benutzerfreundlich sein, ihre individuellen Freiheiten schützen und die Vertraulichkeit der persönlichen Daten sicherstellen können, die bei ihrer Verwendung gesammelt werden können.

Diese Erfordernisse ziehen hohe Anforderungen sowohl an die Technologie als auch an die Interoperabilität zwischen den verschiedenen Ländern nach sich. Sie betont, dass gründliche Arbeit geleistet werden müsse und dass die Technologie, die dem Handel mit digitalen Währungen zugrunde liegt, sich ständig weiterentwickle. Sie stellt beispielsweise fest, dass die *Distributed Ledger Technologies*, oder das verteilte Kontenbuch, d. h. Blöcke,

die aufeinander folgen und Transaktionen vertraulich identifizieren können, beinahe eine veraltete Technologie seien.

Frau Christine LAGARDE hofft, dass es gelingen werde, innerhalb der nächsten fünf Jahre oder sogar etwas früher eine europäische digitale Geldform einzuführen. Es handele sich hierbei nicht nur um ein Projekt der Europäische Zentralbank, sondern auch der Regierungen und Parlamente, betont sie. Es gehe im Grund um den Schutz der individuellen Freiheiten, den Datenschutz und die Entwicklung einer Währung, die für die regionale Souveränität Europas stehe.

Schließlich betont sie das klimatische Ausmaß der Tätigkeit der Europäischen Zentralbank. Auch wenn sie versteht, dass dies überraschend erscheinen mag, da die Aufgabe der EZB darin besteht, die Preisstabilität im Rahmen der Ausübung ihrer Geldpolitik zu gewährleisten, erinnert sie auch daran, dass angesichts der diesbezüglich eingegangenen europäischen Verpflichtungen und der Erfordernisse des Schutzes der Umwelt und der Artenvielfalt jede Institution, auch die EZB, diese Herausforderungen berücksichtigen muss. Die Europäische Zentralbank, erklärt sie, versuche daher ebenfalls, sich im Rahmen ihrer Geldpolitik und ihres Mandats am Schutz der Umwelt und Artenvielfalt, sowie am Kampf gegen den Klimawandel zu beteiligen.

Frau Sabine THILLAYE, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten der Nationalversammlung der Französischen Republik, bedankt sich beim Senat für dieses Treffen der COSAC-Vorsitzenden und freut sich über die gute Zusammenarbeit mit der Nationalversammlung und unterstreicht die Bedeutung eines solchen konstruktiven und parteiübergreifenden Gebildes. Sie lobt die Arbeit der Verwaltungen beider Kammern, die nun viel erledigen müssen, da der Entwurf zur Einrichtung von Arbeitsgruppen

angenommen wurde und erklärt, dass die Modalitäten zur Ernennung von Mitgliedern bald in einem Schreiben präzisiert werden.

Frau THILLAYE bedankt sich herzlich bei Clément BEAUNE und Christine LAGARDE, dass sie die französischen Prioritäten für die Präsidentschaft der Europäischen Union dargelegt und eine Bilanz über das zwanzigjährige Bestehen des Euro gezogen haben.

Sich freut sich über die breite Unterstützung, die für die französischen Prioritäten zum Ausdruck gebracht wurden. Da eine Präsidentschaft kurz sei und eine Ko-Konstruktion erfordere, appelliert sie daran, sowohl die vergangenen als auch die noch kommenden Mandate zu berücksichtigen. Sie betont, dass alle Mitgliedstaaten vor den gleichen Herausforderungen stehen – Klima, Digitalisierung, Innovation, Grenzen, Sicherheit, Verteidigung, Rechtsstaatlichkeit –, deren gegenseitige Abhängigkeit es verbiete, sie isoliert zu behandeln.

Frau THILLAYE betont die ständige Notwendigkeit zur Anpassung in einer sich verändernden Welt und erinnert an die Strömungen, die in jedem Land unsere Demokratien und die Rechtsstaatlichkeit in Frage stellen. Sie spricht sich für einen Wechsel der „Software“ aus und erinnert daran, dass die Europäische Union geschaffen wurde, um interne Divergenzen zu meistern, vor denen wir uns pausenlos schützen müssen. In einer Welt, in der es unerlässlich sei, sich nach außen hin zu positionieren, stellt sie fest, sei kein Mitgliedstaat dazu in der Lage, diesen Ansprüchen alleine gerecht zu werden. Sie führt an, dass die Vernunft und der Pragmatismus ihre Position bestimmen.

Indem sie die Schlüsselbegriffe der französischen Präsidentschaft aufgreift – Aufbau, Kraft, Zugehörigkeit – betont sie insbesondere den letzten dieser drei Begriffe, der

die Abgeordneten *über* die Botschaften, die sie an ihre Wähler senden, in die Verantwortung nimmt.

Herr Jean-François RAPIN, Vorsitzender des Europaausschusses des Senats der Französischen Republik, schließt die Debatten und freut sich über die guten Ergebnisse, die erzielt wurden, insbesondere über die Einrichtung der Arbeitsgruppen innerhalb der COSAC. Er dankt Christine LAGARDE für ihre Ausführungen, die er als spannend empfunden habe, und drückt seine Zufriedenheit darüber aus, dass der Euro so gut aufbewahrt sei.

Hinsichtlich der Gesundheitslage drückt Herr RAPIN seine Hoffnung auf Verbesserung aus, wodurch es möglich wäre, die nächste Vollversammlung der COSAC in der Nationalversammlung abzuhalten, in einem größeren Format, das die physische Anwesenheit aller Beteiligten erlaube. (*Applaus.*)

Die Sitzung wird um 16.35 Uhr geschlossen.